
Oswald von Nell-Breuning SJ



Texte zu

- Was ist Arbeit?
- Gibt es zukunfts-trächtige Wege, allen Arbeits-suchenden Arbeit-gelegenheiten zu verschaffen?
- Arbeit ist mehr als industrielle Arbeit
- Wirtschaft ist mehr als Marktwirtschaft

Familie schafft Arbeit

Herausgegeben vom Oswald-von-Nell-Breuning-Haus der
Katholischen Erwachsenenbildung (KEB) im Kreis Saarlouis
Friedrich-Ebert-Straße 14, 66631 Dillingen (Saar)

*Professor Pater Oswald von Nell-Breuning SJ
geb. in Trier am 08. März 1890,
gestorben in Frankfurt am Main am 22. August 1991,
deutscher katholischer Theologe und Soziologe, Jesuit, führender
Vertreter der modernen katholischen Soziallehre.
Ab 1928 Professor für Ethik und Christliche Soziallehre
in Frankfurt am Main*

Die Texte in dieser Sammlung sind entnommen aus:

Worauf es mir ankommt - Zur sozialen Verantwortung, Freiburg 1883:
Vortrag vom 20.8.1980 anlässlich des Kölner Domfestes in der Kirche St.
Peter in Köln: Zukunft - Ängste des heutigen Menschen
- *Fragwürdig gewordenes „Wirtschaftswunder“*

Vortrag vom 05.11.1982 auf dem von der SPD veranstalteten „Forum
Arbeitszeitverkürzung“ im Erich-Ollenhauer-Haus in Bonn
- *Gesellschaftspolitische Aspekte der Arbeitszeitverkürzung*

Arbeitet der Mensch zuviel? Freiburg 1985:
- *Gibt es zukunftssträchtige Wege, allen Arbeitssuchenden Arbeits-
gelegenheit zu verschaffen?* (Tagung vom 11./12. Juni 1983 Katholische
Akademie München)

Bezugsadresse:
Katholische Erwachsenenbildung im Kreis Saarlouis e.V., Oswald-von-
Nell-Breuning-Haus, Friedrich-Ebert-Str. 14, 66763 Dillingen (Saar),
T.: 06831/7602-0, Fax 7602-48; e-mail: KEB.Dillingen@t-online.de

Einführung

Oswald von Nell-Breuning gilt weithin unbestritten als der Nestor der Katholischen Soziallehre. Wie kaum ein anderer hat er in wissenschaftlicher Forschung, politischer Bildungsarbeit, Beratung in Wissenschaftlichen Ausschüssen und unmittelbarer Politikberatung, Einfluß gehabt und diesen auch beim Aufbau der Nachkriegsordnung der Bundesrepublik Deutschland, der wir gerne die Attribute „Soziale Partnerschaft“, „Soziale Marktwirtschaft“, „Theinischer Kapitalismus“ und „Bonner Republik“ geben, genommen.

Er war kein studierter Nationalökonom, seine Profession war die Philosophie, Theologie und Juristerei. Und dennoch hat er wie kaum ein anderer aus dem Fach mikro- und makroökonomische Zusammenhänge erkannt und durchschaut und praktische Lösungen aufgezeigt, die auch vor dem kritischen Blick dieser Wissenschaft standhalten konnten.

Als „Sozial temperierten Kapitalismus“ bezeichnete er mit Berufung auf Paul Jostock und Götz-Briefs die real existierende wirtschaftliche Ordnung der Bundesrepublik und drückte damit aus, daß er nicht der Auffassung sei, wir hätten die Marktwirtschaft eingeführt, zu deren Wegbereitern er schon gleich nach Kriegsende gehörte. Ein bei ihm immer wiederkehrendes Thema war dabei der Ausschluß der unbezahlten Arbeit der Frauen und Mütter aus der gesellschaftlichen Anerkennung als Arbeit und deren gleichwertiger Bezahlung. Dieses Thema nahm er schon bei seinem ersten Vortrag auf der Christlich-sozialen Woche in München 1947 auf, widmete ihm ein eigenes Lehrbuch zur Einführung in die Wirtschaftspolitik mit den bezeichnenden Beiträgen „Was ist die Wirtschaft?“ und „Wer wirtschaftet?“

In seinen letzten Lebens- und Arbeitsjahren verstärkte er diese Fragestellung angesichts der erschreckenden Zunahme der Massenarbeitslosigkeit. „Verstehen wir allerdings „Arbeit“ in dem engen Sinn, in dem wir von individuellem und kollektivem Arbeitsrecht, von Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit zu sprechen gewohnt sind, dann vertraue ich nicht unbedingt darauf, daß wir Wege finden werden, um allen Arbeitslosen zu Arbeitsgelegenheiten zu verhelfen.“ Um dann umso eindringlicher die Lösung über die Einbeziehung der unbezahlten Eigenarbeit der Hausfrauen und Mütter zu fordern: „An dieser Stelle tut sich der Zusammenhang auf mit der unbezahlten und, weil unbezahlt, in der öffentlichen Meinung so erschreckend unterschätzten, um nicht zu sagen, mißachteten Eigenarbeit der

Hausfrauen und Mütter, die nicht nur in ethischer und religiöser Sicht einen unersetzbaren Beitrag zu unserem Dasein und Wohlbefinden leisten, sondern auch güterwirtschaftlich durch den Nachwuchs, den sie aufziehen, für die Versorgung derer, die ihr Arbeits- und Erwerbsleben hinter sich haben, die allein tragfähige Grundlage legen, dabei aber selbst für ihr Alter am kümmerlichsten gesichert sind.“

Sein Gedankengang ist relativ einfach nachzuvollziehen:

Die Hauptursache für die Arbeitslosigkeit ist die eigentlich positiv einzuschätzende Wirkung des technischen Wandels, der Fortschritt der Arbeitsproduktivität. Wir können die erforderlichen Güter mit immer weniger menschlicher Arbeit erstellen. Im Unterschied zum privaten Familienhaushalt, wo der technische Wandel die Arbeit der Hausfrauen erleichtert und ihr sogar die Möglichkeit der Teilhabe am außerhäuslichen Erwerbsleben ermöglicht, führt er aber in der betrieblichen Produktionssphäre zur Verdrängung des Menschen aus der Arbeit.

In dieser Situation gibt es grundsätzlich drei Möglichkeiten und Wege der Problemlösung, wenn man die im Mainstream der derzeitigen Nationalökonomie und Politik favorisierte Lösung, durch Kostensenkung der Arbeit, d. h. deren Verbilligung, zu mehr industriellen Arbeitsplätzen zu kommen, einmal weglässt, die von Nell-Breuning von vornherein ausschließt und die bisher den Nachweis ihrer Schlüssigkeit und den Erfolg schuldig geblieben ist.

1. *Die Arbeitszeitverkürzung*, die aber nur bei abhängiger Lohnarbeit letztendlich durchsetzbar ist und die in erheblich größerem Umfang durchzusetzen wäre, als dies bisher gedacht wird. Sie läßt aber weiterhin die bisher unbezahlte Familienarbeit draußen vor. Außerdem ist sie die Verteilung des Produktivitätsgewinnes ausschließlich an die Produzenten ohne deren Beteiligung an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, solange die Produktion von Freizeit bei uns nicht besteuert und mit Sozialversicherungsbeiträgen belastet wird, sie wükt also wie Schwarzarbeit.

2. *Die Entkoppelung von Arbeit und Erwerb*, also Arbeit wird auch bezahlt für jene Tätigkeiten, die nicht im Erwerbsektor geleistet wird, z. B. Erziehung und Pflege in den privaten Haushalten. Nach dem Tode Oswald von Nell-Breuning's wurden drei entscheidende Weichen in diese Richtung gestellt: Der Papst fordert im Brief an die Familien von 1994, daß die Mühen der Mütter bei der Erziehung und Versorgung der Kinder mindestens so hoch auch wirtschaftlich entgolten werde, wie jede andere Form von Arbeit. Das ist die

Abkehr vom bis dahin in der Katholischen Soziallehre favorisierten „Familienlohn-Modell“ für die Männer und Väter. Angelika Krebs fordert in ihrer Studie „Arbeit und Liebe“ im Jahre 2002 die Bezahlung der Tätigkeiten in Erziehung und Pflege als Gebot des Anstandes, noch nicht mal so sehr als Gebot der Gerechtigkeit. Und die Zeitverwendungsstudien des Statistischen Bundesamtes, auf Anregung der UNO seit 1992 alle 10 Jahre erstellt, weisen für Deutschland nach, daß bis zu 2/3 der produktiven Arbeitsstunden in diesem Bereich geleistet werden, so daß in Arbeitsstunden gemessen der Marktsektor nur noch ca. 1/6 unserer Produktion ausmacht, wenn man auch die Produktion im öffentlichen Sektor als „transferfinanziert“ nicht dem produktiven Bereich zurechnet.

3. *Die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen*, also Grundeinkommen. Eine nach Nell-Breuning eher neuere Überlegung auch in der Katholischen Soziallehre, die dort ursprünglich auf die Arbeit von Büchele/Wohlgenannt von der Kath. Sozialakademie in Wien zurückzuführen ist. Auch hier wird die unbezahlte Arbeit in den Familien nicht eigens bezahlt, die sie leisten erhalten wie alle anderen ein Grundeinkommen und eine Grundsicherung. Ausdrückliche Anerkennung und Bezahlung der Erziehung und Pflege ist nur im 2. Ansatz vorgesehen.

Schliesslich wird die Feststellung Nell-Breuning's: „Nur komme mir niemand mit dem Einwand: „Wer soll das bezahlen?“ Alles, was sich güterwirtschaftlich erstellen läßt - und nur von solchem war in meinen Ausführungen die Rede, das läßt sich auch finanzieren unter der einzigen Bedingung, dass man es ehrlich und ernstlich will.“ durch das Gutachten MAKSIME der Katholischen Erwachsenenbildung im Landkreis Saarlouis aus dem Jahre 2002 eindrucksvoll bestätigt.*)

Letztendlich wird die Frage, ob wir Vollbeschäftigung wollen und auch tatsächlich politisch organisieren an der Frage entschieden, ob wir unsere Gesellschaft auch und wesentlich als Arbeitsgesellschaft verstehen und organisieren, in der die Menschen, soweit sie erwerbsfähig und erwerbswillig sind, auch über ihre Arbeit einerseits zum Zusammenhalt der Gesellschaft beitragen, andererseits sich selber als Arbeitende in diese Gesellschaft integrieren und sich aufgenommen und integriert wissen. Das wäre die Tradition der Katholischen Soziallehre und solidarischer Gesellschaften. Oder sehen wir in der bezahlten (Erwerbs-)arbeit eher eine Art von Zwangsarbeit oder gar in ihr Elemente von Prostitution und wollen in dieser Tradition diese über Arbeits-

zeitverkürzung relativieren oder die Menschen vom Zwang zu dieser ausschließlich negativ gedeuteten Arbeit befreien. (Grundeinkommen ohne Arbeit oder Bürgerarbeit)

Darüber muß sich unsere Gesellschaft klar werden. Oswald von Nell-Breuning, ein führender Vertreter des christlichen Solidarismus, ist eher für eine allgemeine Arbeitsgesellschaft mit marktwirtschaftlicher Orientierung, in der jede menschliche Person im erwerbsfähigen Alter die Chance hat, über bezahlte, rechtlich gestaltete und geschützte, soziale Sicherung begründende Arbeit all das in Selbsthilfe leistet, was sie kann und solange sie es kann, um sich dann in der ersten und letzten Lebensphase und in sonstigen Wechselfällen des Lebens, die Selbsthilfe nicht mehr ausreichend erlauben, solidarisch in dieser Arbeitsgesellschaft gesichert wissen zu können. Wird dann auch die gesamtwirtschaftliche Verteilung über die Arbeit organisiert, und wem über sie dann auch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge aus Vollbeschäftigungseinkommen organisiert, braucht uns um die ökonomischen Zukunftsperspektiven unserer Gesellschaft nicht bange zu sein.

Mettlach, den 02. Juli 2007
Hans Ludwig

*) Jünemann/Ludwig, *Vollbeschäftigung ist möglich!*
Makroökonomische Simulation der Wirkungen eines zusätzlichen
Erziehungseinkommens, Gutachten erstellt im Auftrag des Oswald-von-
Nell-Breuning-Hauses der KEB im Kreis Saarlouis, Merzig 2002

Sammlung von Texten Oswald von Nell-Breuning's zum Thema:
Was ist Arbeit?

Aus: *Worauf es mir ankommt - Zur sozialen Verantwortung, Freiburg 1983, Vortrag vom 20.8.1980*

**Fragwürdig gewordenenes
Wirtschaftswunder**

Das Wirtschaftswunder scheint sich ausgelaufen zu haben. Das wirtschaftliche Wachstum ist mehr oder weniger zum Stillstand gekommen. Die Menschen werden unruhig, sie fragen, wie es weitergehen soll. Aber auch schon in den Jahren des erfolgreichen Wiederaufbaus nach dem totalen Zusammenbruch beschlich uns die besorgte Frage, ob das auf die Dauer gut gehen könne. „Nichts ist schwerer zu ertragen als eine Reihe von guten Tagen“, sagt ein Spruch alter Volkweisheit.

Wir aber erlebten nicht eine Reihe von guten Tagen, sondern eine Reihe von guten Jahren. Wir mussten uns eingestehen, dass in eben diesen erfolgreichen Jahren, die uns in den Kreis der geachteten Völker zurückführten, der weitgehende *Verfassungskonsens*, aus dem unser Grundgesetz hervorgegangen war, sich zu zersetzen und aufzulösen begann und dass dieser Prozeß der Zersetzung und Auflösung immer weiter fortschritt. Ebenso zerfiel die in den schweren Jahren gemeinsamer Not geübte vorbildliche *Solidarität*, nicht

zuletzt die Solidarität zwischen Arbeitgeberschaft und Arbeitnehmerschaft in dem Maß, wie es uns gelang, uns aus der ärgsten Not herauszuarbeiten; statt dessen lebte der alte Streit um die Anteile am Kuchen des Sozialproduktes wieder auf; anstatt mit dem Wachstum des Kuchens sich zu entschärfen, verschärfte er sich immer mehr und führte zu fortschreitend sich verhärtenden Arbeitskämpfen bis zu den großen Aussperrungen von 1977/78.

Das alles soll hier nicht vertieft werden; zunächst geht es nur um die ganz einfache Tatfrage: sind wir als deutsches Volk in der Bundesrepublik Deutschland oder als Volk in der Gemeinschaft der freien Völker Europas oder der ganzen sogenannten „freien“ Welt heute glücklicher dran, oder haben wir uns mit unserem materiellen sowohl ökonomischen als sozialen Fortschritt, das heißt mit der grundsätzlich ohne jeden Zweifel zu begrüßenden wachsenden Beteiligung des Großteils unserer Bevölkerung an materiellen und ideellen Gütern, nicht zuletzt am höheren Schulwesen und dadurch vermittelter höherer Bildung, uns letzten Endes nur mehr *Sorgen* aufgeladen, uns das Leben nicht leichter, sondern nur schwerer gemacht?

Die große Mehrzahl derer, die unseren gehobenen Wohlstand genießen, scheint von der Frage oder Sorge bedrückt zu sein: wird unser Wohlstand in der gewohnten Weise weiter zunehmen, unsere Lebenshaltung entsprechend weiter steigen? Dieser Wohlstand ist für sie zu einem unentbehrlichen *Bedürfnis* geworden; der Genuß dieses Wohlstands, sein Fortbestand und seine ständige Steigerung werden als ein selbstverständliches, keiner Begründung bedürfendes *Recht* beansprucht. Die Erfahrung der jüngsten Zeit, dass zum mindesten der ständige weitere Aufstieg sich nicht ganz von selbst versteht, wirkt beunruhigend auf sie.

Überdies beginnt ihnen auch schon aufzugehen, dass der Weg, auf dem wir bisher gewohnt waren, Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum zu sichern, mindestens auf die Dauer nicht zum Ziele führt. Mehr und mehr wird den Menschen bewußt, dass der bisher begangene Weg nicht länger oder jedenfalls nicht auf unbeschränkte Dauer gangbar ist. Wer genauer Bescheid weiß, der muß sich eingestehen, dass der Weg, den wir bisher mit voller Überzeugung und mit gutem Gewissen und mit scheinbar überzeugendem Erfolg gegangen sind, uns nahe an den Rand des Abgrunds geführt hat und uns kaum noch ausreichend Bremsweg bleibt, um vor dem Absturz noch einzuhalten. Das

ist keine Kleingläubigkeit oder aus menschlicher Schwäche entsprungene, objektiv unbegründete Angst, sondern ein in harten Tatsachen wohl begründetes Erschrecken.

Die Beschäftigungsfrage

Dank unserem rasanten technischen Fortschritt verbunden mit immer rationellerer Organisation haben wir die Produktivität unserer Arbeit ständig gesteigert. Um uns mit dem zu versorgen, was wir zu haben gewohnt waren, brauchen wir immer weniger Arbeit; wir konnten die Arbeitszeit verkürzen und haben das getan; soweit die damit gewonnene Freizeit sinnvoll verwendet wurde, bedeutete das unzweideutig einen positiv zu wertenden Fortschritt.

Wir haben aber die Arbeitszeit bei weitem nicht im Gleichschritt mit der gestiegenen Arbeitsproduktivität verkürzt; einen erheblichen Teil der weniger benötigten Arbeitszeit haben wir zur Steigerung der Güterproduktion verwendet. Beides zusammen hat eine Reihe von Jahren ausgereicht, um alle Arbeitskräfte in Beschäftigung zu halten; wir hatten Vollbeschäftigung, ja man konnte von Überbeschäftigung sprechen; die Nachfrage nach Arbeitskräften war größer als das Angebot; wir holten uns Arbeitskräfte aus dem Ausland - ohne abzusehen, welche Probleme für sie und für uns selbst wir damit schufen.

Auf die Dauer aber bereitet die immer weiter steigende Arbeitsproduktivität, anstatt, wie es doch sein müsste und man erwarten möchte, sich als große Erleichterung und damit als echte Wohltat zu erweisen, uns das immer bedrückender werdende Beschäftigungsproblem, bedroht uns mit fortschreitender Massenarbeitslosigkeit. Das müsste keineswegs so sein.

In einer Sustentionswirtschaft, das heißt einer Wirtschaft, die darauf abzielt, das zu beschaffen, was man für den Lebensunterhalt braucht, in der man nicht lebt, um zu arbeiten, das heißt, um die Güterproduktion zu maximieren, sondern arbeitet, um zu leben, um sich das leisten zu können, was man als Lebenshaltung beansprucht, bedeutet jede Ersparnis an Arbeit und Mühe einen Gewinn an Zeit und Gelegenheit für das, was dazu beiträgt, das Leben lebenswert zu machen, zu bereichern und zu verschönern. Die bäuerliche Familie, die ihren Hof bewirtschaftet, freut sich über alles, was ihre Arbeit erleichtert oder verkürzt, wird sich gern alles zunutze machen, was dem Ertrag ihrer Arbeit erhöht, um entsprechend weniger arbeiten zu müssen. Die Sorge, durch erhöhte Produktivität ihrer Arbeit arbeits- und erwerbslos zu werden, kennt sie nicht; das kann sie sich überhaupt nicht vorstellen.

Ebenso die *Hausfrau*, die herausfindet, wie sie ihren Haushalt mit weniger Arbeit und Mühe bestreiten kann, wird das als Erleichterung begrüßen und sich zunutze machen. Solange es sinnvoll ist, wird sie einen Teil der übrigbliebenden Zeit für einen „gepflegteren“ Haushalt verwenden, nämlich dazu benutzen, ihr Hauswesen freundlicher und gefälliger zu gestalten, im übrigen aber froh sein, sich ihrem Mann und ihren Kindern mehr widmen zu können, die gewonnene Zeit aber auch dazu benutzen, um Tätigkeiten auszuüben, die ihr Freude machen oder durch sie anderen Menschen etwas Gutes tun kann, die sich aber bisher aus Mangel an Zeit versagen musste; jetzt endlich kann sie außerhäusliche Wirksamkeit in Welt und Kirche entfalten - Ähnliches gilt von jedem, der selbständig erwerbstätig ist.

In unserer Gesellschaft und Wirtschaft bilden die selbständig Erwerbstätigen nur eine Minderheit, die unselbständigen Erwerbstätigen, die Menschen in der „Lebenslage der abhängigen Arbeit“, die weitaus größere und sich weiter vergrößernde Mehrheit. Für sie verhält sich das alles völlig anders. Zwar sind auch sie in hohem Maß Nutznießer des bereits zurückgelegten, hinter uns liegenden Aufstiegs der Produktivität unserer bzw. ihrer Arbeit, aber der ständig fortschreitende, obendrein sich noch

terhalts zu rauben. Steigende Arbeitsproduktivität „vernichtet“ Arbeitsplätze. Bestehende Arbeitsplätze werden „wegrationalisiert“, das heißt durch eine kleinere Zahl von Arbeitsplätzen ersetzt, die genügen, um die gleiche oder meist eine noch höhere Produktionsleistung zu erbringen.

Um dieser Kalamität abzuwehren, betreiben wir oder haben wenigstens bisher „*Beschäftigungspolitik*“ betrieben. Wir bemühten uns, für die Menschen, die durch die gestiegene Arbeitsproduktivität ihre Arbeitsplätze verloren hatten, neue Arbeitsplätze zu schaffen; schon die Erstellung dieser neuen Arbeitsplätze („Investition“) schafft „Arbeit“ und schafft weitere Beschäftigungsmöglichkeiten an diesen neugeschaffenen Arbeitsplätzen. Da aber das an den alten Arbeitsplätzen Erzeugte ausreicht, um allen vernünftigen Bedürfnissen zu genügen, wird jetzt offenbar mehr produziert, wofür oder wonach kein dringender Bedarf besteht, und das daher durchaus entbehrt werden könnte; diese um der „Beschäftigung“ willen betriebene Mehrproduktion erfordert nun aber einen entsprechend größeren Einsatz von Sachmitteln, Roh- und Halbstoffen sowie Energie.

Solange die Produktivität der Arbeit selbst im Vergleich zu heute minimal war und nur ganz unmerklich stieg, schien diese Verfahrenswei-

se unbegrenzt weiterzugehen. Bei dem heutigen Hochstand der Produktivität und erst recht bei ihrem rasant gewordenen unaufhaltsamen Anstieg wird uns plötzlich mit Schrecken bewusst, dass es so nicht weiter geht. Von Rechts wegen hätten wir das vorauswissen können und müssen, aber wir haben eben nicht so weit gedacht. Solche Mengen von Rohstoffen und Energie, wie dieser exponentiell fortschreitende Wachstumsprozess verschlingt, gibt es auf dieser Erdkugel nicht, selbst für die Abfälle, die sich beim Produktionsprozess unvermeidlich ergeben, und für die Dinge, die wir wegwerfen, weil wir sie durch neue ersetzen wollen, findet sich bald kein Platz mehr; wir brauchen da gar nicht gleich an den Atom-Müll zu denken, für den verzweifelt nach Lagerstätten gesucht wird.

Noch Papst Johannes XXIII. sah den Zeitpunkt, an dem das Wachstum - zunächst der Menschenzahl - an eine Grenze stoße, in unabsehbarer Ferne; für eine Menschheit, die sich solche Ansprüche leistet wie wir, das heißt die industriell fortgeschrittenen Völker es tun, ist diese Grenze bereits überschritten; verbrauchten die sog. zurückgebliebenen oder unterentwickelten Völker ebensoviel Rohstoffe und Energie pro Kopf wie wir, dann wären eine Reihe unersetzbarer, aber unentbehrlicher Rohstof-

fe bereits heute oder doch noch in der Lebenszeit der jetzt lebenden Generation *aufgebraucht*, von dem Ausmaß der zugleich damit herbeigeführten Umweltzerstörung gar nicht zu reden. Darüber, ob wir die Völker der Entwicklungsländer, der sog. 3. und 4. Welt „ausbeuten“, mag man streiten; vielleicht ist das nur ein Streit darüber, was man unter „Ausbeutung“ versteht. Unbestreitbar ist, dass wir in dem Sinn *auf Kosten* der unterentwickelten Völker leben, dass dieser Überverbrauch ihre Verbrauchsmöglichkeiten *schmälert*, weil sich so viel, wie wir für uns allein in Anspruch nehmen, für alle nicht verfügbar machen lässt; das würde die Erdkugel allenfalls für ganz wenige Jahre hergeben, aber nicht für Jahrzehnte, nicht für die Lebenszeit auch nur der heute auf Erden lebenden Generation.

So wie wir unsere Wirtschaft organisiert haben, stehen wir unter dem irrsinnigen Zwang, nur damit unsere Menschen hier Arbeit und Verdienst haben, *Wirtschaftswachstum* zu betreiben. Wir kennen jedenfalls keinen anderen Ausweg, als diese Menschen damit zu beschäftigen, dass wir sie Güter herstellen lassen, die wir nicht benötigen oder jedenfalls gut entbehren können, und für deren Herstellung Rohstoffe und Energie verbrauchen, die zu Ende gehen, und obendrein die Umwelt in einem Aus-

maß schädigen, verwüsten oder zerstören, dass wir die Welt für unsere Nachfahren *unwohnlich* machen. Zur gleichen Zeit aber, wo wir mit dem Wirtschaftswachstum an die unübersteigliche Grenze stoßen, besteht für diejenigen Völker, denen es am Lebensnotwendigen fehlt, noch ein dringendes Bedürfnis nach Wirtschaftswachstum, und diese Völker sind keine verschwindende Minderheit, sondern bilden die erdrückende und obendrein rasch wachsende Mehrheit der heutigen Weltbevölkerung.

Hier bedarf es einer kleinen Berichtigung. - Die vorausgehenden Ausführungen treffen in vollem Maße zu bei der Sachgüterproduktion, bei den *Dienstleistungen* verhält es sich anders. Sie lassen sich weitgehend *ohne* nennenswerten Mehraufwand von Sachmitteln vermehren. In Dienstleistungs-, insbesondere in Fürsorge- und Pflegeberufen, können auch heute noch eine Menge von Arbeitskräften sinnvolle, nützliche und beglückende Beschäftigung finden. Darunter sind einige Berufstätigkeiten, die den Vorzug haben, von der durch Steigerung der Arbeitsproduktivität (ausgelösten) Zeitersparnis überhaupt nicht betroffen zu werden. Das sind die gerade heute dringend benötigten Berufe, die man dadurch ausübt, dass man Menschen, die mitmenschlicher Hilfe bedürfen, seine *Zeit schenkt*. Gott sei gedankt, für diese Aufgaben,

bei denen es nicht darum geht, Zeit zu sparen und zu verkürzen, sondern Zeit zu haben und diese Zeit seinen Mitmenschen zu schenken!

Die Sinnfrage

Gegen unsere Wirtschaftsweise wird gern der Einwand erhoben, sie kranke an dem grundlegenden Fehler, dass der Profit ihre Antriebskraft sei und sie infolgedessen die Bedarfsbefriedigung nicht im Ziel habe, sondern sie nur sozusagen als zufälligen Nebenerfolg herbeiführe; in den termini der Schulsprache: von Rechts wegen sollten finis operis und finis operantis übereinstimmen; bei unserer Wirtschaft fielen sie auseinander, das sei die Ursache aller

ihrer Übel. Dazu wäre zunächst zu bemerken, dass dies keineswegs eine Eigentümlichkeit unserer Wirtschaft ist, sich vielmehr weit und breit vorfindet und sich gar nicht vermeiden lässt.

Sehr vieles von dem, was wir tun oder betreiben, tun wir nicht um seiner selbst willen, sondern weil wir durch dieses Tun etwas anderes, woran uns gelegen ist, oder worum es uns geht, erreichen oder zu erreichen hoffen. Wo wir anderen einen Dienst erweisen, tun wir das sehr oft (um nicht zu sagen: in der Regel) nicht aus reiner Nächstenliebe, sondern weil wir uns zugleich für uns selbst etwas davon versprechen

Prof. Oswald von Nell-Breuning und Hans Ludwig beim gemeinsamen Seminar der Georg-von-Vollmar-Akademie Kochel und des Kath. Sozialinstituts Freising vom 20. - 22. 02. 1981 in Freising. Thema: „Arbeiterbewegung, Katholische Kirche und demokratischer Sozialismus“



Eine Tätigkeit ausüben, weil sie uns Befriedigung bereitet und wir in ihr unsere Erfüllung finden, ist gewiss eine sehr schöne Sache, aber wir alle werden vieles tun müssen und darum auch tun, weil wir das, was uns um seiner selbst willen erstrebenswert erscheint oder von Wert ist, nur auf diesem Wege erzielen oder erreichen. Was uns heute quält und worin wir mit Recht eine Kalamität unserer Wirtschaft sehen, ist etwas ganz anderes. Die steigende Arbeitsproduktivität setzt mehr Arbeitskräfte frei, als die Wirtschaft laufend wiederinzugliedern und in Arbeit zu bringen vermag. Damit diese Menschen nicht untätig herumsitzen, sich nicht als unnützlich und überflüssig in der Welt vorfinden und obendrein des zum Lebensunterhalt Benötigten entbehren, betreiben wir, da uns nichts Besseres eingefallen ist, *Wachstumspolitik*, das heißt, wir versuchen, die Unternehmen zu Investitionen zu veranlassen. Gelingt uns das, dann bedeutet es,

dass die freigesetzten Arbeitskräfte damit beschäftigt werden, Produktionsmittel zu schaffen zur Produktion von Gebrauchs- und Verbrauchsgütern, die wir nicht nötig haben und dass wir für beide, zuerst für die zusätzlich produzierten Produktionsmittel, und in der Folge, wenn diese in Betrieb kommen, für die mit ihrer Hilfe produzierten Gebrauchs- und Verbrauchsgüter eine unvorstellbare Menge unersetzbarer Ressourcen (Rohstoffe und Energie) verbrauchen.

Wenn diese widersinnige und unverantwortliche Verfahrensweise ihren Grund darin hat, dass uns bisher nichts Besseres eingefallen ist, dann haben wir uns mit allem Ernst um bessere Einfälle zu bemühen. Verhält es sich dagegen so, dass die bestehende Wirtschaftsordnung diesen Widersinn unvermeidlich mit sich bringt, dann ist das ein Grundfehler, im Vergleich zu dem das ihr zur Last gelegte Profitmotiv nur als harmloser Schönheitsfehler erscheint.

Gesellschaftspolitische Aspekte der Arbeitszeitverkürzung

Referat vom 05.11.1982 in Bonn

In den Rahmen der aktuellen Diskussion über Arbeitsbeschaffung und Überwindung der Arbeitslosigkeit fügen die gesellschaftspolitischen Aspekte der Arbeitszeitverkürzung sich nicht ein. Der Rahmen der ak-

tuellen Diskussion ist genau umschrieben durch die Themen: „Arbeitszeitverkürzung aus der Sicht der Arbeitgeber und der Sicht der Gewerkschaften, sie haben zum ausschließlichen Gegenstand diejenige Arbeit, deren

zeitliche Dauer sich gesetzlich oder tarifvertraglich regeln läßt, d. i. die im Dienstvertrag (Lohnarbeitsverhältnis) geleistete unselbständige Erwerbstätigkeit.

Dieser Teilbereich der Arbeit fesselt seit 150 Jahren unsere Aufmerksamkeit in solchem Grad, dass wir in Gefahr sind, völlig zu übersehen, dass er nicht nur auf Weltweite gesehen oder in bezug auf die Menschheitsgeschichte an Umfang oder Menge beispielsweise nach Arbeitsstunden gerechnet, weit zurücksteht hinter anderen Arten von Arbeit, insbesondere von in andere Rechtsgestalt gekleideter Arbeit. Selbst in den industriell höchstentwickelten Ländern dürfte - ganz abgesehen von der selbständigen Erwerbstätigkeit und von der heute immer mehr um sich greifenden Schwarzarbeit - die sogenannte „Eigenarbeit“, in der Hauptsache die ohne ökonomischen Entgelt geleistete und daher in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nicht eingehende Arbeit der Frauen in den Haushalten, auch heute noch an Stundenzahl überwiegen und bei weiterer Verkürzung der Lohnarbeit im Verhältnis zu dieser sogar wieder zunehmen. Diese an Bedeutung für den Fortbestand unserer Gesellschaft nicht zu überschätzende Arbeit spielt in der Diskussion über Arbeitszeitverkürzung keine Rolle. Bestenfalls wird beiläufig vermerkt, die Arbeitszeitver-

kürzung, die allein wir meinen und von der allein wir reden, mache für sie mehr Zeit frei und schaffe günstigere Voraussetzungen für sie. Weiter reicht die übliche Sicht nicht.

Um die gesellschaftspolitische Bedeutung der Länge oder Kürze der Arbeit richtig zu sehen, ist es unerlässlich, die Arbeit insgesamt ins Auge zu fassen. Wie viel Arbeit brauchen wir?

Das hängt offenbar davon ab, wozu wir sie brauchen. In ihrem vorigjährigen Wilhelmshöher Gespräch hat die Evangelische Landeskirche Kuhhessen-Waldeck diese Frage dahin beantwortet: Einmal um unseren Lebensunterhalt zu beschaffen, zum anderen um einen sinnvollen Lebensinhalt zu haben. - Erwerb nur um des Erwerbes willen oder um den Lebensunterhalt immer aufwendiger gestalten zu können, ist kein sinnvoller Lebensinhalt. Unsere politische Tagesdiskussion sieht das ganz anders, beantwortet die Frage nach dem „wozu“ ganz anders: Wir brauchen Arbeit, um die Arbeitslosen zu „beschäftigen“, Arbeit um der Beschäftigung willen.

Vieldeutiges Wort „Beschäftigung“

„Beschäftigung“, eines der vieldeutigsten und darum gefährlichsten Wörter unserer Sprache! Es kann den positiven Sinn haben, dass der Mensch etwas Sinnvolles tut oder lei-

stet, das seine Kräfte und Fähigkeiten, anstatt dass sie brachliegen und verkümmern, in Anspruch nimmt und damit zugleich zur Entfaltung bringt. Jemand, „beschäftigen“ kann aber auch besagen, ihm etwas zu tun zu geben, das seine Zeit ausfüllt und ihm damit die Zeit und Gelegenheit für anderes entzieht. So kann man Kinder mit einem harmlosen Spiel „beschäftigen“, damit sie Ruhe halten und niemanden stören. Jedes tyrannische System denkt sich „Beschäftigungen“ für seine Untertanen aus. Aufmärsche und andere Großveranstaltungen, die ihnen die Zeit und Gelegenheit nehmen zum Denken oder gar zum Planen, wie sie die misshäbige Herrschaft abschütteln könnten. Schließlich meint „Beschäftigung“ auch die gemächliche Arbeit oder so zu tun, als arbeite man im Gegensatz zur ernsthaft betriebenen, streng angespannten Arbeit. - Wenn wir Beschäftigung betreiben, um Menschen in „Beschäftigung“ zu bringen, worum handelt es sich da?

Auch bei der Beschäftigungspolitik handelt es sich immer noch nur um die Arbeit, die wir gesetzlich oder tarifvertraglich regeln können, und diesbezüglich verhält es sich so: Die Wirtschaft braucht diese Arbeit nicht. Aus diesem Grunde sind die Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen arbeitslos. Für unseren Lebensbedarf, auch der Arbeitslosen, reicht das, was die derzeit Beschäftigten erzeugen, völlig aus.

Dank des Anstiegs der Arbeitsproduktivität steht dafür heute sogar mehr zur Verfügung, als zur Zeit der Voll- und Überbeschäftigung, als wir die ausländischen Arbeiter herbeiriefen.

Um zu produzieren, was wir - die Arbeitslosen eingeschlossen - brauchen, um unseren gewohnten anspruchsvollen Bedarf zu decken, brauchen wir keine zusätzliche Arbeit. Auch für die Arbeitslosen ist genug da und wird auf den verschiedensten Wegen und Umwegen für sie abgezweigt oder ließe sich auf jeden Fall für sie abzweigen. Anstatt ihren Lebensunterhalt durch öffentliche Maßnahmen aus dem Arbeitsertrag anderer zugeführt zu bekommen, will die Mehrzahl von ihnen um ihrer Selbstachtung willen, den Lebensunterhalt durch eigene Arbeit verdienen. Das braucht aber keine Mehrarbeit zu sein. Es genügt völlig, ihnen einen Anteil an der bisher schon geleisteten Arbeit einzuräumen.

Anstatt dass die in Beschäftigung Stehenden über Steuern, Versicherungsbeiträge u. a. m. einen Teil ihres Arbeitsertrages abgeben, könnten sie unmittelbar von ihrer Arbeit den entsprechenden Teil abgeben - selbstverständlich mit der abgegebenen Arbeit auch den zugehörigen Arbeitslohn. Damit wäre nicht nur das durch die Arbeit erzeugte Produkt einfacher und gerechter, sondern auch die das Produkt erzeugende Arbeit selbst sinngemäß verteilt. Ohne mehr Be-

beschäftigung wären mehr, wären alle beschäftigt. Das setzt allerdings voraus, dass die Solidarität derer, die Arbeitsplätze haben, mit den Arbeitslosen sich nicht darin erschöpft, ihnen von ihrer Arbeit etwas abzugeben, den Lohn für diese abgegebene Arbeit aber behalten zu wollen. Ohne die Bereitschaft zu einem echten Verzicht geht die Rechnung nicht auf.

„Mit oder ohne Lohnausgleich“, das ist die entscheidende Frage. Dabei ist der Verzicht, wie schon angedeutet, mehr „optisch“ als real. Der Verdeutlichung halber sei hinzugefügt: Bei Vollbeschäftigung kann man den Produktivitätsfortschritt entweder bei gleichbleibender Arbeitszeit in Lohn- oder unter Überkapazitäten leidenden Lohn in Arbeitszeitverkürzung ausschütten oder auf beide Formen aufteilen. Um bei Stagnation mehr Menschen in Beschäftigung zu bringen, müssen diejenigen, die in Beschäftigung stehen, einen Bruchteil ihrer Arbeitsstunden und des zugehörigen Lohnes an die Arbeitslosen abtreten.

Wo zu Mehrarbeit?

Das ist eine rein ökonomische modelltheoretische Analyse. Die Eigenart des Modells ist, positiv ausgedrückt, die Konstanz des Arbeitsvolumens, negativ der Ausschluß von Mehrarbeit. Ziehen wir dagegen Arbeitsbeschaffung im Sinne von Vergrößerung des Arbeitsvolumens in Betracht,

dann wird der gesellschaftspolitische Aspekt relevant. Dann drängt sich die Frage auf: Wozu diese Mehrarbeit? Zum Glück gibt es im Augenblick noch einen bedeutenden echten Bedarf an Mehrarbeit. Arbeit, um die angerichtete Umweltzerstörung wieder in Ordnung zu bringen und weiterer Umweltzerstörung vorzubeugen. Von dieser Reserve können wir noch eine Zeitlang zehren. Arbeit bloß um der „Beschäftigung“ willen wäre Arbeit um ihrer selbst willen. Zur Arbeit gehört ein Sinn oder Ziel, um dessen willen man arbeitet. Andernfalls ist es keine Arbeit. - Investieren, um Menschen zu „beschäftigen“, auch wenn wir ausreichende Kapazitäten haben oder unter Überkapazitäten leiden und darum keine Investitionen brauchen und erst recht Investitionen, die den Anstieg der Arbeitsproduktivität beschleunigen und im Ergebnis mehr Arbeitskräfte freisetzen, als Arbeitskräfte zu ihrer Erstellung eingesetzt wurden, ist sinnwidrig. Menschen damit beschäftigen heißt, ihnen sinnwidrige Arbeit zuzumuten. Genau gesehen ist es ein Verstoß gegen ihre Menschenwürde.

Auch die gutgemeinte Absicht, ihnen damit Gelegenheit zu geben, auf redliche Weise ihr Brot zu verdienen, ändert daran nichts. Objektiv bleibt diese Arbeit - immer unter den angenommenen Voraussetzungen - ebenso sinnlos wie Sand von links nach

rechts und von rechts wieder zurück nach links zu karren. Damit haben wir den rein ökonomischen Bereich überschritten und den Bereich der Humanität oder der Ethik betreten - unser erster Schritt zur Gesellschaftspolitik.

So wie wir die Arbeitszeitverkürzung zu diskutieren gewohnt sind, ist und bleibt sie eine Eigentümlichkeit einer Gesellschaft, die sich als Arbeitnehmergesellschaft versteht und „bezahlten Urlaub“ im Katalog ihrer Menschenrechte aufzählt. Die Ursache aber, die zu unserer Problematik führt, nämlich die fortschreitende Minderung der zur Beschaffung der Unterhaltsmittel benötigten Menge von der Arbeit, ist im Begriff, sich auf einen ständig sich erweiternden Teil der Welt auszubreiten und muß auf weite Sicht einen tiefgehenden Wandel der menschlichen Gesellschaft herbeiführen.

In den fortgeschrittenen Ländern dient heute schon von der insgesamt verrichteten Arbeit nur noch ein geringer Bruchteil der Erzeugung dessen, was wir zu unserem Lebensunterhalt brauchen und der Erstellung der benötigten oder von uns begehrten Dienstleistungen. Mit der überall steigenden Produktivität der Arbeit steigt bei gleichbleibendem Arbeitsvolumen das Güterangebot exponentiell ins Ungemessene. Auf die Dauer kann die Nachfrage damit nicht Schritt

halten. Der menschliche Bedarf, die menschliche Aufnahmefähigkeit ist zwar indefinit (unbestimmt), aber nicht infinit (unendlich) steigerungsfähig.

Verringert sich also die Menge der dafür zu leistenden Arbeit, dann steht nur zur Wahl, entweder eine immer kleinere Zahl von Menschen diese Arbeit tun zu lassen, oder nach wie vor die große Mehrheit der Menschen daran zu beteiligen mit immer kleineren Beiträgen, die das Leben immer weniger ausfüllen, trotzdem aber mehr einbringen, als für eine anspruchsvolle Lebenshaltung benötigt wird. Damit stehen wir vor einer grundlegenden Entscheidung darüber, wie wir uns die künftige menschliche Gesellschaft vorstellen und auf welches gesellschaftliches Ordnungsbild hin wir unsere beschäftigungspolitischen Maßnahmen ausrichten.

Solange die Beschaffung der Unterhaltsmittel die angestregte Arbeit aller erforderte und nur eine hauchdünne Oberschicht freie Zeit für höher geschätzte Tätigkeiten gewährte, ließ sich wohl kein wesentlich anderer, als der bis heute bestehende Zustand ermöglichen. Seitdem ein immer geringerer Teil unserer Zeit und Kraft dafür ausreicht, kann nicht nur eine solche verschwindende Minderheit, sondern die große Mehrheit, letztendlich die Gesamtheit der Menschen einen immer mehr zunehmenden, schließlich den ganz überwiegenden

Teil ihrer Zeit dazu verwenden, an allen Gütern der Kultur nicht nur passiv teilzuhaben, sondern aktiv mitzuwirken.

Kein akademisches Proletariat
Es wäre doch sinnlos und unverantwortlich, einem immer mehr schrumpfenden Teil der Bevölkerung die Last der Unterhaltungsbeschaffung aufzubürden und für den sich ständig vermehrenden anderen Teil nach „Beschäftigung“ zu suchen. Vielmehr könnte und sollte es allen ermöglicht werden, mit einem Bruchteil ihrer Zeit sich an dieser Last zu beteiligen und den immer weiter wachsenden anderen Teil ihrer Zeit für die Pflege kultureller Güter und Werte, zunächst für die Pflege der Gemeinschaft im Intimkreis der Familie, darüber hinaus für wissenschaftliche oder künstlerische Tätigkeit oder für gemeinnützige Wirksamkeit im vopolitischen und politischen Raum zu verwenden.

Wenn, wie es heute erstrebt wird, allen dazu Befähigten höhere schulische bis akademische Bildung vermittelt wird, dann stehen auch diejenigen, die unmittelbar Beschaffung der Unterhaltungsbeschaffung als Erwerbsberuf betreiben, auf akademischer oder vergleichbarer Bildungsstufe. Der Akademiker brauchte sie nicht mehr als vermeintlich für ihn „unzumutbar“ abzulehnen.

Heute ist mit dem Entscheid, welcher Schule der junge Mensch

zugeführt wird, meist auch schon über seinen künftigen Lebensweg, über sein Einkommen und über die soziale Schicht, der er angehören wird, entschieden. Dem wird der Boden entzogen. Ich sage nicht, dass es so kommen wird. Ich sage nur, dass es so kommen kann. Ich zeige nur eine Möglichkeit unter anderen auf, nämlich diejenige, die ich als Ziel unserer Beschäftigungspolitik ins Auge fasse und als erstrebenswert ansehe und dementsprechend ich die Mittel und Maßnahmen unserer Beschäftigungspolitik auswählen möchte, also nicht Wirtschaftswachstum um der „Beschäftigung“ willen, sondern Arbeitszeitverkürzung um der Sinnerfüllung des Lebens willen.

Ich weiß sehr wohl, gegen das, was ich vorgetragen habe, lassen sich Einwände erheben. Die meisten beruhen auf Missverständnis und lassen sich mühelos ausräumen. Andere sind sachlich und ernst zu nehmen. Nur komme mir niemand mit dem Einwand: „Wer soll das bezahlen?“ Alles, was sich güterwirtschaftlich erstellen lässt - und nur von solchem war in meinen Ausführungen die Rede, das lässt sich auch finanzieren unter der einzigen Bedingung, dass man es ehrlich und ernstlich will.

Gibt es zukunftssträchtige Wege, allen Arbeitssuchenden Arbeitsgelegenheit zu verschaffen? *(Tagung vom 11./12. Juni 1983 Katholische Akademie München)*

Wüßte ich Wege, um allen Arbeitssuchenden zu Arbeitsgelegenheiten zu verhelfen, dann hätte ich sie bestimmt längst aller Welt verkündet. Man braucht schon einigen Mut, um überhaupt das Vertrauen zu haben, dass es solche Wege gibt. Ich baue dieses Vertrauen an erster Stelle auf die Weisheit des Schöpfers, von dem ich meine, er habe die Welt so eingerichtet, dass es solche Wege gibt. Und ich meine, wir sollten auch das Vertrauen zu uns Menschen haben, wir hätten bisher noch keine solchen Torheiten begangen, dass wir die objektiv vorhandenen Wege dadurch ein für alle Mal vernagelt hätten. Wenn das zutrifft, dann gibt es also noch solche Wege, und ist es nur noch die Frage, ob es uns gelingt, sie zu finden. Und wenn es uns gelingt, solche Wege zu finden, dann braucht es noch ein zweites, nämlich dass wir uns auf einen der aussichtsreich erscheinenden Wege *einigen*. Das erfordert, dass, wer Vorschläge hat, die sich mit den Vorschlägen anderer kreuzen, die Bereitschaft aufbringt, auf Verständigung einzugehen und eine Lösung anzunehmen, die für die verschiedenen wissenschaftlichen Meinungen, aber auch für die unterschiedlichen betei-

ligten Interessen annehmbar und tragbar ist. Und schließlich, dass wir alle bereit sind, die Opfer auf uns zu nehmen, die der Weg, auf den wir uns verständigt haben, nun einmal unvermeidlich fordert. Diese Hoffnung oder diesen Mut sollten wir uns nicht nehmen lassen; wir sollten uns nicht hineinreden lassen in eine Spirale kumulativer Hoffnungslosigkeit; gegen eine solche Spirale, die gegenwärtig zweifellos am Laufen ist, sollten wir uns mit aller Entschiedenheit auflehnen, und als Christen sollten wir damit unser Gottvertrauen bezeugen.

Verstehen wir allerdings „Arbeit“ in dem engen Sinn, in dem wir von individuellem und kollektivem Arbeitsrecht, von Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit zu sprechen gewohnt sind, dann vertraue ich nicht unbedingt darauf, dass wir Wege finden werden, um allen Arbeitslosen zur Arbeitsgelegenheit zu verhelfen. Es mag sein, dass es solche Wege gibt, bei solcher Blickverengung sehe ich es aber als wenig aussichtsreich an, dass wir sie finden. Erst recht bin ich besorgt, ob bei uns die Bereitschaft besteht, uns auf einen solchen Weg zu einigen und die Opfer auf uns zu nehmen, die er uns abverlangt.

1. Weiter Begriff der Arbeit

Auf zwei grundverschiedenen Wegen haben die Menschen bisher die Mittel zu ihrem Lebensunterhalt bezogen: Die einen arbeiten, um sich ihren Lebensunterhalt entweder in Natur oder in Gestalt eines Geldeinkommens zu erarbeiten; die anderen empfangen ihren Lebensunterhalt, um dadurch in den Stand gesetzt zu werden, anderen Einzelnen oder der Gemeinschaft zu dienen.

Zu dieser zweiten Gruppe gehören keineswegs nur die „Honoratioren“ und die öffentlich Bediensteten; dazu gehören die große Zahl derer, deren Arbeit konventionell in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und im Sozialprodukt nicht erscheint, das ist die in den Haushalten von den Frauen und Müttern geleistete Eigenarbeit. - Dazu kommt noch die heute immer größere Menge von Arbeit, die zwar dort zu erscheinen hätte, tatsächlich aber dort nicht erscheint, das ist die Schwarzarbeit. Ihr beizukommen wird gewiß sehr schwer sein; sie statistisch zu erfassen besteht keine Aussicht. Aber alle Maßnahmen zur Behebung unserer statistischen Arbeitslosigkeit, die das Problem der Schwarzarbeit, die Ursachen und die Folgen der Abdrängung von der legalen über die ganze Zone in die Schwarzarbeit außer acht lassen, gehen von vorneherein fehl.

In der bisherigen Menschheitsgeschichte wurde und in den zurückgebliebenen Ländern wird heute noch alle Arbeitskraft benötigt, um sich am Leben zu erhalten und einer hauchdünnen gesellschaftlichen Oberschicht ein Leben in Luxus und/oder „Muße“ zu gestatten. Wir dagegen brauchen dank der ungeheuer gestiegenen und immer noch steigenden Produktivität unserer Arbeit immer weniger zu arbeiten, um nicht nur den dringenden Lebensbedarf, sondern eine sehr hohe Lebenshaltung zu bestreiten. - damit ist bereits das wesentliche Sachproblem genannt: Wie verändert eine ständig steigende Produktivität unserer Arbeit unser gesamte Leben und Dasein; wie haben wir uns da umzustellen?

Um das in den Griff zu bekommen, muß man die Frage sehr viel weiter, viel umfassender stellen, als das in der allgemeinen Diskussion geschieht, wo die Frage faktisch eingeschränkt wird auf die am Arbeitsmarkt angebotene und am Arbeitsmarkt nachgefragte *Erwerbsarbeit*. Diese Art der Arbeit ist mit dem Aufkommen der Industriewirtschaft an Bedeutung außerordentlich gewachsen, ist geradezu geschichtsgestaltend geworden, ist in den fortgeschrittenen Ländern die „soziale Frage“ des 19. Jahrhunderts gewesen und hat sich in den zurückgebliebenen Ländern zur sozialen Frage des 20. und vielleicht

noch des 21. Jahrhunderts entwickelt. Diese Art der Arbeit beschäftigt uns in solchem Grad, dass wir darüber aus dem Blick verlieren, dass sie auch heute bei weitem nicht die Gesamtmenge der von Menschen geleisteten Arbeit ausmacht. Obwohl unter unseren Verhältnissen ein sehr wesentlicher Bestandteil, macht sie dennoch höchstwahrscheinlich nicht die absolut größere Menge von Arbeit aus, sondern bleibt selbst bei uns noch hinter der Hälfte aller geleisteten Arbeit zurück; auf Weltweite gesehen ist diese Arbeit im Lohnarbeitsverhältnis auch heute noch eine ausgesprochene Minderheit.

Demzufolge darf die Frage, um die es geht, nicht so gesehen werden, als komme es darauf an, alle Menschen in Arbeit *dieser einen* Rechtsgestalt zu bringen; insoweit ist unsere Frage vollkommen richtig gestellt, nämlich den Menschen überhaupt Gelegenheit zur Arbeit zu geben, zur Arbeit im umfassendsten und weitesten Sinne des Wortes.

Unter dieser Rücksicht liegt es nahe, uns Rechenschaft darüber zu geben, was alles in der Geschichte der Menschheit unter „Arbeit“ verstanden worden ist, was alles man als Arbeit anerkannt hat und wie wir heute die Arbeit verstehen. Angesichts des Sprachgebrauchs, der zahlreiche Tätigkeiten bald mit dem Namen „Arbeit“ belegt, bald ihnen die Bezeichnung als Arbeit versagt, erweist sich

eine Begriffsbestimmung als unmöglich. In das Wort „Arbeit“ legen wir eine Vielzahl von Sinndeutungen hinein, ganz abgesehen von dem geschichtlichen Wandel, dass „Arbeit“ in unserer deutschen Sprache ursprünglich ein Erleiden, nämlich Elend, bedeutete, heute dagegen kraftentfaltende Tätigkeit, wobei wir uns offenbar gar nicht bewusst sind, dass auch in unserem heutigen Sprachgebrauch diese historisch ältere, also linguistisch ursprünglichere Bedeutung von Arbeit immer noch mitschwingt und daher auf unser Urteil über die Arbeit, unsere Wertung der Arbeit, die Ansprüche, die wir aus der Arbeit herleiten, immer noch abfärbt.

Um auch nur einen einzelnen Sektor des Arbeitslebens in Ordnung zu bringen, müssen wir, das ist meine Überzeugung, das Gesamt der menschlichen Arbeit in unsere Überlegungen einbeziehen mitsamt den vielfältigen Beziehungen zwischen der arbeits- und tarifrechtlich geregelten Arbeit und der Schattenarbeit, die sich arbeits- und tarifrechtlicher Regelung entzieht, einschließlich aller Übergänge über eine Grauzone bis zur Schwarzarbeit. Das ist um so dringlicher, als wir infolge der hier bestehenden unvermeidlichen Zusammenhänge uns ständig in der Gefahr befinden - und diese Gefahr steigert sich offenbar gerade in der Gegenwart in erschreckendem Ausmaß - , durch

Maßnahmen, die wir in der wohlmeinenden Absicht treffen, die Dinge im Raume der über den Arbeitsmarkt gehenden und allen gesetzlichen Regelungen unterliegenden Arbeit in Ordnung zu bringen oder zu verbessern, ganz gegen unsere Absicht immer mehr Arbeit aus diesem Bereich abzudrängen in den Bereich des Grauen, in den Bereich der Schwarzarbeit mit außerordentlich unerfreulichen Rückwirkungen auf den Bereich, den wir unserer Absicht nach besser, gechter gestalten wollen.

Das Kernproblem, mit dem wir zu ringen haben - darüber besteht wohl kaum eine ernsthafte Meinungsverschiedenheit -, ist der ständige Anstieg der Arbeitsproduktivität. Dank der gestiegenen und weiter steigenden Produktivität unserer Arbeit können wir das, was wir zu schaffen haben, mit immer weniger Zeitaufwand bewältigen. Dieser Fortschritt unserer Arbeitsproduktivität müßte daher - so scheint es - für uns Menschen eine wunderbare Erleichterung unseres Daseins bedeuten.

Für viele Menschen trifft das auch zu. So ist es für die Hausfrau schlechterdings eine Erleichterung, wenn es ihr gelingt, ihren Haushalt so einzurichten, dass sie mit weniger Aufwand an Zeit und Mühe den Haushalt ebenso freundlich, ebenso wohnlich, ebenso anziehend gestaltet, wie sie das früher nur vermöchte,

wenn sie sich dafür sehr viel mehr Plage und Schinderei auflud. Und keine Hausfrau, der es gelingt, ihre Hausarbeit mit weniger Aufwand an Zeit und Mühe zu bewältigen, gerät dadurch in Sorge, ihren „Arbeitsplatz“ zu verlieren. Die Hausfrau und Mutter freut sich vielmehr, dass sie sich jetzt mehr ihrem Mann widmen, viel mehr für ihre Kinder da sein, eigene Interessen literarischer, künstlerischer oder wissenschaftlicher Art pflegen kann und Zeit gewinnt, um am öffentlichen Leben teilzunehmen, sich in caritativer und anderer gemeinnütziger Wirksamkeit zu betätigen. Offenbar gibt es also einen Bereich der Arbeit, in dem der Fortschritt der Arbeitsproduktivität sich als reines Positivum erweist.

In dem anderen Bereich dagegen, der uns die großen Besorgnisse bereitet, ist der Produktivitätsfortschritt zwar auch ein Gewinn, auch ein Vorteil, auch eine Verbesserung oder Erleichterung unseres Daseins, zugleich aber ist er auch der Grund zu der Besorgnis, den Arbeitsplatz zu verlieren. Angesichts der heutigen Situation müssen wir wohl sagen, dass diese Besorgnis sich nicht nur an der großen Zahl von Arbeitslosen, die diesem Schicksal bereits verfallen ist, verwirklicht hat, sondern dass auch diejenigen, die bisher davon verschont geblieben sind und bis heute noch im entlohnten Arbeitsverhältnis stehen und darunter vielleicht mehr leiden, als

alle Steigerung ihres Einkommens und der Lebenshaltung, die sie dank dem in den letzten Jahrzehnten erzielten Produktivitätsfortschritt genießen, aufwiegen kann. Es kann sehr wohl sein, dass breite Schichten unserer Arbeiterschaft Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre, wo es keinerlei Besorgnis um den Bestand des Arbeitsverhältnisses gab, glücklicher und bei der damaligen Lebenshaltung besser daran waren als bei ihrer heutigen, sehr viel höher liegenden Lebenshaltung, die aber belastet ist mit dieser Besorgnis.

Als Ergebnis sei festgestellt: das, was im Bereich der Lohnarbeit die zentrale Ursache der uns bedrückenden Sorgen und Schwierigkeiten ist, wirkt sich in anderen Bereichen der Arbeit, wie am Beispiel der Hausfrauenarbeit gezeigt, überhaupt nicht aus. Das legt doch die Frage nahe oder drängt sie geradezu auf, ob wir den Produktivitätsfortschritt für diesen einen Bereich nicht dadurch nutzbar machen sollten, dass wir *das Arbeitsvolumen reduzieren*. Der Gedanke ist weder neu noch originell. Tatsächlich verfahren wir seit 100 Jahren so, wenn auch vielleicht nicht aus dieser Überlegung heraus. Gemeint ist Arbeitszeitverkürzung nicht nur in dem Sinn, dass dadurch Arbeitsgelegenheit eröffnet wird für diejenigen, denen sie heute fehlt, sondern in dem umfassenden Sinn, dass in diesem Bereich ins-

gesamt weniger gearbeitet wird als bisher, weil mit weniger Arbeit nicht nur ebensoviele Güter wie früher, sondern sogar noch sehr viel mehr Güter als früher geschaffen werden. Der Gedanke ist einleuchtend, aber offenbar ist das leichter gesagt als getan.

Arbeit als Einkommenserwerb

Der Arbeitsbereich, dessen Volumen zu reduzieren hier ins Auge gefasst wird, ist wesentlich dadurch gekennzeichnet, dass die in ihm geleistete Arbeit unter den Bedingungen der Arbeitsteilung, der Geldrechnung und der Trennung von Haushalt und Betrieb auf den Erwerb von Einkommen abzielt.

Arbeitsteilung und Geldrechnung

Im 'Oikos', von dem der Name „Oekonomie“ stammt, dem „gesamten Haus“, wie man es früher zu nennen pflegte, bildeten Haushalt und Betrieb eine Einheit, und es regelte sich alles - wenn auch vielleicht mit mancher Härte - sozusagen von selbst. Die Mitwirkung aller war dringend benötigt; alle wurden eingespannt, wo man sie eben brauchte, „alle nach ihren Kräften“, aus dem noch so kümmerlichen Ergebnis der gemeinsamen Anstrengungen wurden alle versorgt, „jeder nach seinen Bedürfnissen“.

Die Trennung von Haushalt und Betrieb und die immer weitergehende Arbeitsteilung hat die Arbeit zwar immer effizienter („produktiver“) gemacht, die Dinge aber zugleich immer mehr kompliziert. Die Arbeit richtet sich nicht mehr darauf, die konkreten Dinge zu (be-)schaffen, die man braucht, sondern auf den Erwerb eines Einkommens in abstrakten Geldeinheiten, aus dem man sich die Bedarfsgegenstände beschaffen kann.

Der Erwerb dieses Geldeinkommens und damit das Erwerbstreben als solche *schaltet* sich der Bedarfsdeckung vor. Damit eröffnen sich auf der einen Seite ungeheure Möglichkeiten, dafür entstehen aber auf der anderen Seite ebenso neuartige Schwierigkeiten, die bis auf den heutigen Tag nicht bewältigt, ja nicht einmal in ihrer vollen Schwere erkannt und dieser ihrer Schwere gemäß durchdacht, geschweige denn gelöst sind.

Dazu kommt, dass das Geld anstatt - wie es sollte und auch könnte - die Lösung der mit der Arbeitsteilung, dem Gütertausch und der Verteilung von Einkommen und Vermögen zusammenhängenden Schwierigkeiten zu erleichtern, uns dazu verleitet, einseitig in Geldgrößen zu denken und zu rechnen und damit die Finanzierungsprobleme in den Vordergrund zu schieben und die Sachprobleme aus dem Blick zu verlieren. Das

führt zu dem widersinnigen Ergebnis, dass vieles, was *güterwirtschaftlich* möglich ist, angeblich sich *nicht* finanzieren lässt. Genau das ist ja die Situation, in der wir derzeit stehen. *Dagegen ist festzuhalten: Was güterwirtschaftlich möglich ist, das ist auch finanzierbar*; wenn uns die Finanzierung nicht gelingt, kann das nur an Fehlern liegen, die wir gemacht haben oder noch weiter machen; diese Fehler lassen sich ausräumen und müssen ausgeräumt werden, wenn wir an unserer Marktwirtschaft nicht irre werden sollen.

Unbezweifelbar bedeutet die Erfindung des Geldes einen ungeheuren Fortschritt, der die arbeitsteilige Wirtschaft überhaupt erst ermöglicht hat. Aber, so scheint es, wir sehen nicht ausreichend und würdigen nicht gebührend den Preis, den dieser Fortschritt uns kostet. Er kostet uns einmal eine innere Umstellung des Einzelnen, der jetzt nicht ein konkretes Ergebnis seines Tuns vor sich hat wie die Hausfrau, die eine ganz konkrete Vorstellung hat von dem gemütlichen Heim, das sie ihren Angehörigen bereitet. Wer seine Erwerbstätigkeit mit dem Ziel ausübt, ein Einkommen zu erzielen, der hat zunächst einmal nur ein abstraktes Ziel, eine Geldgröße vor sich. Bei der Hausfrau ist das Ziel konkret und eben dadurch begrenzt; beim Einkommenserzieler dagegen ist es abstrakt und infolgedessen unbe-

grenzt. Darum bleibt hier immer das Streben nach mehr und noch mehr, und dieses „mehr und mehr“ hat nicht die Eigenschaft zu sättigen, zu befriedigen, sondern es verweist nur immer wieder einen Schritt weiter. Daher die ständigen Kämpfe, die ständige Unruhe, die wir in diesem Bereich haben. Zum anderen Mal verleitet es nicht nur den Einzelnen, sondern verleitet die Wissenschaft, verleitet die Politik dazu, die Probleme unter dem finanziellen Aspekt zu sehen und darüber die reale, die güterwirtschaftliche Seite aus dem Blick zu verlieren. Wirtschaft ist nun einmal ein reales ein güterwirtschaftliches Geschehen. Wir leben nicht vom Geld, sondern wir leben von den realen Gütern, mit denen wir unsere elementaren Bedürfnisse als Geist-Leib-Wesen befriedigen. Aber auch unsere höheren geistigen Bedürfnisse befriedigen wir ohne Ausnahme *alle* unter Zuhilfenahme materieller Güter, die im realen Wirtschaftsprozess geschaffen wurden.

Das Geld sollte ursprünglich den tauschwirtschaftlichen Prozeß erleichtern, vielleicht ihn im großen Stil überhaupt erst möglich machen, in Wirklichkeit aber stoßen wir derzeit ständig auf angeblich unüberwindliche Finanzierungsschwierigkeiten. Wenn es zuträfe, dass das, was güterwirtschaftlich möglich ist, nicht auch finanzierbar ist, dann wäre die Erfindung des Geldes kein Fortschritt für

die Menschheit gewesen, sondern dann hätte die Menschheit mit dieser Erfindung einen Rückschritt gemacht. Daß es güterwirtschaftlich möglich ist, dass alle arbeitsfähigen Menschen ihren Arbeitswillen und ihre Arbeitskraft für irgend etwas Vernünftiges oder Nützlichem zugunsten ihrer Mitmenschen einsetzen, daran zweifelt wohl kein vernünftiger Mensch. Warum soll es nicht gehen? Ja, so heißt es, weil es nicht finanzierbar ist. Allenfalls mag es im Augenblick wirklich nicht finanzierbar sein, *wenn* das der Fall ist, dann kann die Ursache nur darin liegen, dass wir Menschen diesen tauschwirtschaftlichen Prozeß und seine Abrechnung in Geld bisher oder in jüngster Zeit *fehlerhaft* organisiert haben, als Quittung für unsere Fehler haben wir dann jetzt diese Blockade durch angebliche oder wirkliche finanzielle Sperren, beispielsweise in Gestalt der Staatsverschuldung mit der der Staat seine Kreditfähigkeit erschöpft oder gar überzogen hat und infolgedessen diesen Weg nicht weiter fortsetzen kann.

Die rechte Schlussfolgerung daraus wäre, zurückzudenken und uns zu fragen, wie wir denn bisher unsere Maßnahmen finanziert haben, welche Fehler dabei unterlaufen sind wie wir diese Maßnahmen umstellen müssen, um zunächst einmal diese Fehler nicht noch weiter zu begehen, sondern sie abzustellen, und zweitens, soviel wie

möglich auch die Sperrungen rückgängig zu machen, die wir durch die begangenen Fehler herbeigeführt haben.

Hier stoßen wir auf zwei schwer zu behebende Schwierigkeiten. Die erste liegt darin, dass die Politiker es bei ihren Entscheidungen unmittelbar nicht mit der Güterseite der Ding ezu tun haben, sondern mit der *Finanz*seite. Beschlossen wird über den Haushalt. Das zwingt sie dazu, sich an erster Stelle mit den Haushaltsziffern zu befassen, anstatt von den Sachproblemen her zu denken, welche Lösung hier sachlich geboten wäre, und dann zu fragen, wer bezahlt es?

Damit ist auch schon die zweite Schwierigkeit berührt, nämlich wie schwer es den Politikern fällt, denen, die das bezahlen sollen, das zu sagen; infolgedessen ist es eine ungeheure Versuchung für sie, die Maßnahmen so zu treffen und zu finanzieren, dass diejenigen, die es wirklich zahlen - es wird uns nichts geschenkt, alles wird von irgend jemand bezahlt! - *es nicht merken*.

Auf die Nachfahren verlagert

Ein beliebter Weg ist dieser, das Geld nicht anzufordern in Gestalt von Steuern, Gebühren oder Beiträgen, sondern es von Leuten, die Geld haben, zu *leihen*. Durch die Bezahlung mit geliehenem Geld wird verschleiert,

daß der Wirtschaft Mittel entzogen worden sind; manche bilden sich sogar ein, auf diese Weise sei es gelungen, die Last auf unsere Nachfahren abzuschieben. Das ist allerdings ein Irrtum. Alles, was bis heute geschafft worden ist, haben wir selber durch unsere Leistung, durch unseren Aufwand bestritten; es ist unmöglich, diese Last auf die Nachfahren abzuschieben. Die Nachfahren belasten wir, wenn wir unsere Wirtschaft herunterwirtschaften, wenn wir ihnen einen zerrütteten oder einen nicht auf der Höhe der Zeit stehenden Wirtschaftsapparat hinterlassen. Wenn wir, um uns Lasten zu ersparen, anstatt die Umwelt zu pflegen und zu schonen, sie verwüsten und ruinieren, dann burden wir unseren Nachfahren Lasten auf, die wir hätten auf unsere Schultern nehmen müssen. Alle Leistungen, die wir vollbracht haben, die haben wir uns selbst abgerungen; alle Aufgaben, die wir erfüllt haben, die haben wir in jedem Fall auch selber bezahlt.

Diese Ausführungen zur Geldrechnung mögen etwas weitläufig erscheinen. Die einseitige Betrachtung der Dinge von der Geldseite her und die Außerachtlassung der Güterseite ist aber so verbreitet und wirkt so verheerend, dass man gar nicht genug tun kann, um sie zu bekämpfen.

Verkoppelung von Arbeit und Erwerb

Nicht bei der Lohnarbeit allein, aber bei ihr in besonders typischer Weise pflegen wir Arbeit und Erwerb des Lebensunterhalts miteinander zu verkoppeln, ja sie geradezu in eins zu setzen. Dagegen ist grundsätzlich Widerspruch zu erheben, überdies könnte ihre Entkoppelung sich vielleicht nicht nur für den Bereich der Lohnarbeit, sondern für das Arbeitsleben überhaupt als nützlich erweisen und einen Beitrag dazu leisten, bestehende Sperren abzubauen und Wege zu eröffnen, um allen Arbeitssuchenden zu Arbeitsgelegenheit zu verhelfen.

Für uns sind Arbeit und Erwerb des für den Lebensunterhalt benötigten Einkommens geradezu austauschbare Wechselbegriffe; obendrein sehen wir uns darin noch bestärkt durch das immer wieder falsch zitierte Apostelwort, wer nicht arbeite, der solle auch nicht essen. In dieser falschen Fassung würde das Apostelwort in der Tat besagen: *ohne Arbeit kein Anspruch auf Unterhaltsmittel*. Richtig lautet das Apostelwort jedoch, wer nicht arbeiten *wolle*, der solle auch nicht essen. Darüber, woher der Mensch Anspruch auf den lebensnotwendigen Unterhalt habe, darüber sagt der Apostel nichts; er sagt nur, durch die Weigerung zu arbeiten *verwirke* er diesen Anspruch.

Unsere Verkoppelung von Arbeit mit Erwerb des Lebensunterhalts oder von Einkommen versteht sich keineswegs von selbst, ist vielmehr (mindestens in dieser Form) eine verhältnismäßig junge und meiner Meinung nach äußerst problematische Angelegenheit. Wir sollten doch inzwischen gelernt haben, dass auch der der Kindheit entwachsene Mensch nicht erst durch seine Arbeit den Anspruch auf Lebensunterhalt erwirbt, dass dieser ihm vielmehr ohnehin aufgrund seines *Rechts auf Leben* zusteht. Durch Arbeit braucht der Mensch diesen Anspruch nicht erst zu *erdienen*; durch den Beitrag, den er durch seine Arbeit zum Sozialprodukt leistet, entgelt er vielmehr das, was er real aus dem Soziaoprodukt empfängt oder entnimmt.

Gerade hier sehen wir uns nun aber überraschenderweise einem Problem gegenübergestellt, das in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der Arbeitsproduktivität steht, aber von kaum geringerer Bedeutung ist. - Nach der bisher geläufigen Vorstellung produzieren die Werktätigen nicht jeder für sich und für seine Bedürfnisse, sondern jeder für die anderen und deren Bedürfnisse und tauschen ihre Erzeugnisse wechselseitig untereinander aus; der Bauarbeiter baut für das Wohnbedürfnis des Schneiders, und der Schneider schneidert für das Bekleidungsbedürfnis des Bauarbei-

...ein immer größerer Teil der Leistung (besteht) gar nicht in solchen Sachgütern sondern in öffentlichen Gütern,

ters und so fort. Der Austausch werde - so die herrschende Vorstellung - über den Markt und mittels des Geldes bewerkstelligt; im Ergebnis bezahle man sich gegenseitig mit den Erzeugnissen der eigenen Arbeit.

Diese anschauliche und daher überzeugend wirkende Vorstellung unterstellt stillschweigend, dass die durch die Arbeit erstellten Güter *Individualgüter*, das heißt Gegenstände des persönlichen Lebensbedarfs und der persönlichen freien Verfügung sind. Solange die Produktion *öffentlicher Güter* so geringfügig ist, dass man sie ohne allzu schweren Fehler vernachlässigen kann, ist diese vereinfachende Vorstellung unschädlich und daher zulässig; unter den heutigen Umständen dagegen trifft sie nicht einmal in ferner Annäherung mehr zu. Ein immer größerer Teil dessen, was wir durch unsere Arbeit an Sachgütern und Dienstleistungen erbringen, ist nicht von der Art, dass es veräußert und der arbeitende Mensch aus dem Verkaufserlös entlohnt werden, das heißt das Einkommen beziehen könnte, von dem er lebt und von dem man sagen könnte, damit sei seine Leistung gerecht, das heißt zu ihrem Gegenwert entlohnt. Das ist immer weniger möglich, weil ein immer größerer Teil der Leistung gar nicht in solchen Sachgütern oder Dienstleistungen besteht, sondern in öffentlichen Gütern, die ex definitione jedermann zu-

Insofern wachsen wir, ohne es zu merken, aus unserer bestehenden Marktwirtschaft hinaus

Den heutigen Menschen kann ein immer größerer Teil ihrer Arbeit nicht mehr in Gestalt *individueller* Einkommens entgolten werden. Insofern wachsen wir, ohne es zu merken, aus unserer bestehenden Marktwirtschaft hinaus; wir müssen das sehen, und wir müssen den Mut aufbringen, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Den arbeitenden Menschen müssen wir die Erkenntnis erschließen, dass die ihnen geläufige Vorstellung, sie gäben ihre Leistung in das Sozialprodukt hinein und erhielten deren Gegenwert in ihrer Lohntüte zurück, schlechterdings nicht mehr stimmt. Wir müssen eine immer größere Zahl von Menschen im öffentlichen Dienst beschäftigen, der nur *öffentliche* Güter produziert; äußere und innere Sicherheit, Einhaltung der Rechtsordnung, öffentliche Hygiene, Verkehrswege und Verkehrssicherheit und vieles, sehr vieles andere. Ein immer größerer Teil der am Arbeitsmarkt angebotenen und nachgefragten Arbeit kann auf dem Weg des Austauschs ihrer Produkte über den Markt nicht mehr entlohnt werden.

Als Ergebnis ist festzustellen: Nur insoweit durch die Arbeit veräußerliche (verkäufliche) Güter erzeugt werden, kann der arbeitende Mensch aus dem Produkt seiner Arbeit entlohnt werden und in diesem Sinne sein Einkommen *aus seiner Arbeit* beziehen. Insofern dagegen das Produkt

der Arbeit in unveräußerlichen (unverkäuflichen) Gütern besteht, kann der arbeitende Mensch daraus *nicht* entlohnt werden (der „blaue Himmel“ läßt sich nicht in Stückchen abgepackt in die Lohntüten abfüllen!); der Entgelt für diese Arbeit muß aus anderer Quelle beigebracht werden. Nun besteht unter unseren Verhältnissen unser Sozialprodukt zu einem immer größeren Teil aus öffentlichen, also ex definitione unveräußerlichen Gütern; ein immer größerer Teil auch der im Lohnarbeitsverhältnis stehenden Menschen ist durch seine Arbeit unmittelbar oder mittelbar beteiligt an der Produktion dieser Art von Gütern.

Das nötigt dazu, den Verteilungsprozeß neu zu überdenken. Von einem solchen Austausch, wie er auch dem angeblichen „Recht auf den vollen Arbeitsertrag“ zugrunde liegt, zwischen der Arbeitsleistung als Eingabe in das Sozialprodukt und der Entnahme der produzierten Güter als Entgelt aus dem Sozialprodukt, kann zum mindesten unter den heutigen Verhältnissen keine Rede sein; die Dinge sind unvergleichlich komplizierter.

Wie bereits angedeutet, kann man das auch so ausdrücken: Wir wachsen, zunächst offenbar ohne es zu merken, aus der bestehenden Marktwirtschaft heraus; wenn wir das marktwirtschaftliche *Prinzip* beibehalten wollen, dann müssen wir uns

*Professor Pater Oswald von Nell-Breuning SJ
geb. in Trier am 08. März 1890,
gestorben in Frankfurt am Main am 22. August 1991,
deutscher katholischer Theologe und Soziologe, Jesuit, führender
Vertreter der modernen katholischen Soziallehre.
Ab 1928 Professor für Ethik und Christliche Soziallehre
in Frankfurt am Main*

Die Texte in dieser Sammlung sind entnommen aus:

Worauf es mir ankommt - Zur sozialen Verantwortung, Freiburg 1883:
Vortrag vom 20.8.1980 anlässlich des Kölner Domfestes in der Kirche St.
Peter in Köln: Zukunft - Ängste des heutigen Menschen
- *Fragwürdig gewordenes „Wirtschaftswunder“*

Vortrag vom 05.11.1982 auf dem von der SPD veranstalteten „Forum
Arbeitszeitverkürzung“ im Erich-Ollenhauer-Haus in Bonn
- *Gesellschaftspolitische Aspekte der Arbeitszeitverkürzung*

Arbeit der Mensch zuviel? Freiburg 1985:
- *Gibt es zukunftssträchtige Wege, allen Arbeitssuchenden Arbeits-
gelegenheit zu verschaffen?* (Tagung vom 11./12. Juni 1983 Katholische
Akademie München)

Bezugsadresse:
Katholische Erwachsenenbildung im Kreis Saarlouis e.V., Oswald-von-
Nell-Breuning-Haus, Friedrich-Ebert-Str. 14, 66763 Dillingen (Saar),
T.: 06831/7602-0, Fax 7602-48; e-mail: KEB.Dillingen@t-online.de

Einführung

Oswald von Nell-Breuning gilt weithin unbestritten als der Nestor der Katholischen Soziallehre. Wie kaum ein anderer hat er in wissenschaftlicher Forschung, politischer Bildungsarbeit, Beratung in Wissenschaftlichen Ausschüssen und unmittelbarer Politikberatung, Einfluß gehabt und diesen auch beim Aufbau der Nachkriegsordnung der Bundesrepublik Deutschland, der wir gerne die Attribute „Soziale Partnerschaft“, „Soziale Marktwirtschaft“, „Themischer Kapitalismus“ und „Bonner Republik“ geben, genommen.

Er war kein studierter Nationalökonom, seine Profession war die Philosophie, Theologie und Juristerei. Und dennoch hat er wie kaum ein anderer aus dem Fach mikro- und makroökonomische Zusammenhänge erkannt und durchschaut und praktische Lösungen aufgezeigt, die auch vor dem kritischen Blick dieser Wissenschaft standhalten konnten.

Als „Sozial temperierten Kapitalismus“ bezeichnete er mit Berufung auf Paul Jostock und Götz-Briefs die real existierende wirtschaftliche Ordnung der Bundesrepublik und drückte damit aus, daß er nicht der Auffassung sei, wir hätten die Marktwirtschaft eingeführt, zu deren Wegbereitern er schon gleich nach Kriegsende gehörte. Ein bei ihm immer wiederkehrendes Thema war dabei der Ausschluß der unbezahlten Arbeit der Frauen und Mütter aus der gesellschaftlichen Anerkennung als Arbeit und deren gleichwertiger Bezahlung. Dieses Thema nahm er schon bei seinem ersten Vortrag auf der Christlich-sozialen Woche in München 1947 auf, widmete ihm ein eigenes Lehrbuch zur Einführung in die Wirtschaftspolitik mit den bezeichnenden Beiträgen „Was ist die Wirtschaft?“ und „Wer wirtschaftet?“

In seinen letzten Lebens- und Arbeitsjahren verstärkte er diese Fragestellung angesichts der erschreckenden Zunahme der Massenarbeitslosigkeit. *„Verstehen wir allerdings „Arbeit“ in dem engen Sinn, in dem wir von individuellem und kollektivem Arbeitsrecht, von Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit zu sprechen gewohnt sind, dann vertraue ich nicht unbedingt darauf, daß wir Wege finden werden, um allen Arbeitslosen zu Arbeitsgelegenheiten zu verhelfen.“* Um dann umso eindringlicher die Lösung über die Einbeziehung der unbezahlten Eigenarbeit der Hausfrauen und Mütter zu fordern: *„An dieser Stelle tut sich der Zusammenhang auf mit der unbezahlten und, weil unbezahlt, in der öffentlichen Meinung so erschreckend unterschätzten, um nicht zu sagen, mißachteten Eigenarbeit der*

eine neue marktwirtschaftliche Praxis ausdenken.

Unsere heutige Praxis drängt geradezu vom legalen Arbeitsmarkt weg in die *Schwarzarbeit*. Sollen nicht mehr und mehr legale Arbeitsplätze an die Schwarzarbeit verloren gehen, was einem Zusammenbruch unseres arbeits- und sozialrechtlichen Systems gleichkäme, dann muß dieses unser Nachdenken sehr bald zu Ergebnissen führen und müssen auch unsere Gewerkschaften eine neue Konzeption finden. Vorübergehend können empfindliche Opfer damit verbunden sein. Unsere Politiker müssen den Mut aufbringen, ihren Wählern diese Opfer zuzumuten, zumal sie im Endergebnis keinen Verlust, sondern einen Gewinn bedeuten, indem sie dazu beitragen, nicht nur die eigene Lage, sondern auch die Lage aller anderen zu verbessern, die von den öffentlichen Gütern nicht ausgeschlossen werden können und nach unserer sittlich-rechtlichen Überzeugung davon auch nicht ausgeschlossen werden dürfen.

Der gleichen fehlerhaften Verknüpfung von Arbeit und Einkommen war auch die Vorstellung entsprungen, die wir uns von der Versorgung der Menschen im nicht mehr arbeitsfähigen Alter machten und die uns seinerzeit verleitete, die damals Alters- und Invalidenversicherung genannte soziale Rentenversicherung nach dem

Kapitaldeckungsverfahren aufbauen zu wollen. Wenn der Mensch seinen Lebensbedarf dem Sozialprodukt entnimmt als den Gegenwert dessen, was er durch seine Arbeit in das Sozialprodukt hineingegeben hat, dann darf er in den Jahren seines Arbeitslebens diese seine Einlage nicht aufbrauchen, sondern muß so viel zurücklassen, dass sie auch für die Jahre seines Ruhestandes noch ausreicht. Auch nachdem dieser Versuch sich als undurchführbar erwiesen hat und wir zum Umlageverfahren übergegangen sind, sitzt die irrige Vorstellung in den Köpfen wohl der allermeisten Versicherten immer noch fest, die sich einbilden, mit ihren Beiträgen sparten sie die Rücklage an, aus der später ihre Renten gezahlt würden; selbst das Bundesverfassungsgericht scheint gegen diese Illusion nicht völlig immun zu sein.

Eigenarbeit

An dieser Stelle tut sich der Zusammenhang auf mit der unbezahlten und, weil unbezahlt, in der öffentlichen Meinung so erschreckend unterschätzten *Eigenarbeit* der Hausfrauen und Mütter, die nicht nur in ethischer und religiöser Sicht einen unersetzbaren Beitrag zu unserem Dasein und Wohlsein leisten, sondern auch *güterwirtschaftlich* durch den *Nachwuchs*, den sie aufziehen, für die Ver-

sorgung derer, die ihr Arbeits- und Erwerbsleben hinter sich haben, die allein tragfähige Grundlage legen, dabei aber selbst für ihr Alter am kümmerlichsten gesichert sind.

Ob oder inwieweit ein ursächlicher Zusammenhang besteht zwischen der ungerechten Behandlung dieser Frauen und Mütter, die auf Erwerbstätigkeit und daraus erzielbaren Einkommen, aus dem sie ihre eigene Altersvorsorge bestreiten könnten, verzichten, und dem Missverhältnis von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt, müsste untersucht werden. Bestimmt aber könnten für zahlreiche Arbeitssuchende Arbeitsplätze freigemacht werden, wenn Mütter, die für kleine Kinder zu sorgen haben, der Notwendigkeit *enthoben* würden, zusätzlich auch noch erwerbstätig sein zu müssen, um für ihre Kinder auch noch den Lebensunterhalt zu erarbeiten.

Diese beiden in unserer Politik nahezu gleichgewichtig nebeneinander stehenden Fragen sehen wir nur dann richtig, wenn wir uns loslösen von der unser Denken blockierenden Verkoppelung von Arbeit und Einkommen. Selbstverständlich stehen Arbeit und Einkommen in vielfältigem Zusammenhang. Aber Arbeit und Einkommen gehören nicht so zueinander, dass Arbeit nicht ihren vollen Sinn, ihre volle Bedeutung hätte, auch wo sie kein Einkommen erbringt; ebenso

braucht Einkommen nicht notwendig gerechtfertigt zu sein durch Arbeit. Wir alle sind einmal ins Dasein getreten und haben viele Jahre lang alles, was wir zum Leben und für unsere Ausbildung brauchten, erhalten, bevor wir unsere erste produktive Arbeit leisten konnten. Wir werden, wenn Gott uns nicht die Gnade erweist, uns rechtzeitig abzurufen*), auch am Ende unseres Lebens wieder darauf angewiesen sein, Unterhaltsmittel zu empfangen, ohne dafür eine Gegenleistung in Gestalt produktiver Arbeit erbringen zu können. - Lange Zeit haben wir unter der Vorstellung gelebt, der Mensch erringe den Anspruch auf die Mittel zu seinem Lebensunterhalt durch seine Arbeit. Man kann den Satz richtig verstehen; strenggenommen ist er falsch. Den Anspruch auf das, was er für sein Leben braucht, hat der Mensch auf Grund seiner Menschenwürde, auf Grund der Tatsache, dass Gott ihn so geschaffen hat, dass er das braucht und darum auch das Recht darauf hat. Lange Zeit genießt er dieses Recht, ohne es entgelten zu können. Erst dann und nur insoweit er in der Lage ist, es zu entgelten tritt für ihn die Verpflichtung ein, das, was er aus dem Sozialprodukt entnimmt, zu entgelten durch das, was er in das Sozi-

*) Oswald von Nell-Breuning war zum Zeitpunkt des Vortrags bereits 92 Jahre alt.

Hausfrauen und Mütter, die nicht nur in ethischer und religiöser Sicht einen unersetzbaren Beitrag zu unserem Dasein und Wohlfühlen leisten, sondern auch güterwirtschaftlich durch den Nachwuchs, den sie aufziehen, für die Versorgung derer, die ihr Arbeits- und Erwerbsleben hinter sich haben, die allein tragfähige Grundlage legen, dabei aber selbst für ihr Alter am kümmerlichsten gesichert sind.“

Sein Gedankengang ist relativ einfach nachzuvollziehen:

Die Hauptursache für die Arbeitslosigkeit ist die eigentlich positiv einzuschätzende Wirkung des technischen Wandels, der Fortschritt der Arbeitsproduktivität. Wir können die erforderlichen Güter mit immer weniger menschlicher Arbeit erstellen. Im Unterschied zum privaten Familienhaushalt, wo der technische Wandel die Arbeit der Hausfrauen erleichtert und ihr sogar die Möglichkeit der Teilhabe am außerhäuslichen Erwerbsleben ermöglicht, führt er aber in der betrieblichen Produktionssphäre zur Verdrängung des Menschen aus der Arbeit.

In dieser Situation gibt es grundsätzlich drei Möglichkeiten und Wege der Problemlösung, wenn man die im Mainstream der derzeitigen Nationalökonomie und Politik favorisierte Lösung, durch Kostensenkung der Arbeit, d. h. deren Verbilligung, zu mehr industriellen Arbeitsplätzen zu kommen, einmal wegläßt, die von Nell-Breuning von vornherein ausschließt und die bisher den Nachweis ihrer Schlüssigkeit und den Erfolg schuldig geblieben ist.

1. *Die Arbeitszeitverkürzung*, die aber nur bei abhängiger Lohnarbeit letztendlich durchsetzbar ist und die in erheblich größerem Umfang durchzusetzen wäre, als dies bisher gedacht wird. Sie läßt aber weiterhin die bisher unbezahlte Familienarbeit draußen vor. Außerdem ist sie die Verteilung des Produktivitätsgewinnes ausschließlich an die Produzenten ohne deren Beteiligung an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, solange die Produktion von Freizeit bei uns nicht besteuert und mit Sozialversicherungsbeiträgen belastet wird, sie wirkt also wie Schwarzarbeit.

2. *Die Entkoppelung von Arbeit und Erwerb*, also Arbeit wird auch bezahlt für jene Tätigkeiten, die nicht im Erwerbssektor geleistet wird, z. B. Erziehung und Pflege in den privaten Haushalten. Nach dem Tode Oswald von Nell-Breuning's wurden drei entscheidende Weichen in diese Richtung gestellt: Der Papst fordert im Brief an die Familien von 1994, daß die Mühen der Mütter, bei der Erziehung und Versorgung der Kinder mindestens so hoch auch wirtschaftlich entgolten werde, wie jede andere Form von Arbeit. Das ist die

Abkehr vom bis dahin in der Katholischen Soziallehre favorisierten „Familienlohn-Modell“ für die Männer und Väter. Angelika Krebs fordert in ihrer Studie „Arbeit und Liebe“ im Jahre 2002 die Bezahlung der Tätigkeiten in Erziehung und Pflege als Gebot des Anstandes, noch nicht mal so sehr als Gebot der Gerechtigkeit. Und die Zeitverwendungsstudien des Statistischen Bundesamtes, auf Anregung der UNO seit 1992 alle 10 Jahre erstellt, weisen für Deutschland nach, daß bis zu 2/3 der produktiven Arbeitsstunden in diesem Bereich geleistet werden, so daß in Arbeitsstunden gemessen der Marktsektor nur noch ca. 1/6 unserer Produktion ausmacht, wenn man auch die Produktion im öffentlichen Sektor als „transferfinanziert“ nicht dem produktiven Bereich zurechnet.

3. *Die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen*, also Grundeinkommen. Eine nach Nell-Breuning eher neuere Überlegung auch in der Katholischen Soziallehre, die dort ursprünglich auf die Arbeit von Bücheler/Wohlgenannt von der Kath. Sozialakademie in Wien zurückzuführen ist. Auch hier wird die unbezahlte Arbeit in den Familien nicht eigens bezahlt, die sie leisten erhalten wie alle anderen ein Grundeinkommen und eine Grundsicherung. Ausdrückliche Anerkennung und Bezahlung der Erziehung und Pflege ist nur im 2. Ansatz vorgesehen.

Schliesslich wird die Feststellung Nell-Breuning's: „Nur komme mir niemand mit dem Einwand: „Wer soll das bezahlen?“ Alles, was sich güterwirtschaftlich erstellen läßt - und nur von solchem war in meinen Ausführungen die Rede, das läßt sich auch finanzieren unter der einzigen Bedingung, dass man es ehrlich und ernstlich will.“ durch das Gutachten MAKSIME der Katholischen Erwachsenenbildung im Landkreis Saarlouis aus dem Jahre 2002 eindrucksvoll bestätigt.*)

Letztendlich wird die Frage, ob wir Vollbeschäftigung wollen und auch tatsächlich politisch organisieren an der Frage entschieden, ob wir unsere Gesellschaft auch und wesentlich als Arbeitsgesellschaft verstehen und organisieren, in der die Menschen, soweit sie erwerbsfähig und erwerbswillig sind, auch über ihre Arbeit einerseits zum Zusammenhalt der Gesellschaft beitragen, andererseits sich selber als Arbeitende in diese Gesellschaft integrieren und sich aufgenommen und integriert wissen. Das wäre die Tradition der Katholischen Soziallehre und solidarischer Gesellschaften. Oder sehen wir in der bezahlten (Erwerbs-)arbeit eher eine Art von Zwangsarbeit oder gar in ihr Elemente von Prostitution und wollen in dieser Tradition diese über Arbeits-

dann könnte das ein Schlüssel sein, um einen Ausweg aus der gegenwärtigen festgefahrenen Lage zu erschließen.

alprodukt hineingibt. Richtig gesehen ist nicht der materielle Wert unserer Arbeitsleistung der Titel, auf den wir unseren Anspruch auf Unterhaltsmittel gründen; er ist vielmehr der Entgelt, den wir nach Maßgabe unserer Kräfte entrichten für das, was wir dem Sozialprodukt entnehmen. Wenden wir diese Erkenntnis, die sich erst in jüngster Zeit in der katholischen

Soziallehre durchgesetzt hat, an auf unser Problem der Arbeitsbeschaffung, der Erschließung von Arbeitsgelegenheit für die Menschen, denen es heute an dieser Gelegenheit fehlt, dann könnte das ein Schlüssel sein, um einen Ausweg aus der gegenwärtigen festgefahrenen Lage zu erschließen.

*Zusammengestellt am 02. 07. 2007
Hans Ludwig*

Das Problem

Was uns heute quält und worin wir mit Recht eine Kalamität unserer Wirtschaft sehen, ist etwas ganz anderes. Die steigende Arbeitsproduktivität setzt mehr Arbeitskräfte frei, als die Wirtschaft laufend wiederinzugliedern und in Arbeit zu bringen vermag. Damit diese Menschen nicht untätig herumsitzen, sich nicht als unnütz und überflüssig in der Welt vorkommen und obendrein des zum Lebensunterhalt Benötigten entbehren, betreiben wir, da uns nichts Besseres eingefallen ist, Wachstumspolitik, das heißt, wir versuchen, die Unternehmen zu Investitionen zu veranlassen. Gelingt uns das, dann bedeutet es, dass die freigesetzten Arbeitskräfte damit beschäftigt werden, Produktionsmittel zu schaffen zur Produktion von Gebrauchs- und Verbrauchsgütern, die wir nicht nötig haben und dass wir für beide, zuerst für die zusätzlich produzierten Produktionsmittel, und in der Folge, wenn diese in Betrieb kommen, für die mit ihrer Hilfe produzierten Gebrauchs- und Verbrauchsgüter eine unvorstellbare Menge unersetzbarer Ressourcen (Rohstoffe und Energie) verbrauchen. Wenn diese widersinnige und unverantwortliche Verfahrensweise ihren Grund darin hat, dass uns bisher nichts Besseres eingefallen ist, dann haben wir uns mit allem Ernst um bessere Einfälle zu bemühen. Verhält es sich dagegen so, dass die bestehende Wirtschaftsordnung diesen Wider Sinn unvermeidlich mit sich bringt, dann ist das ein Grundfehler, im Vergleich zu dem das ihr zur Last gelegte Profitmotiv nur als harmloser Schönheitsfehler erscheint.

Aus einem Vortrag vom 20. 08. 1980 zum Thema „Fragwürdig gewordenes Wirtschaftswunder“ in Köln

Die große Mehrzahl derer, die unseren gehobenen Wohlstand genießen, scheint von der Frage oder Sorge bedrückt zu sein: wird unser Wohlstand in der gewohnten Weise weiter zunehmen, unsere Lebenshaltung entsprechend weiter steigen? Dieser Wohlstand ist für sie zu einem unentbehrlichen *Bedürfnis* geworden; der Genuß dieses Wohlstands, sein Fortbestand und seine ständige Steigerung werden als ein selbstverständliches, keiner Begründung bedürftiges *Recht* beansprucht. Die Erfahrung der jüngsten Zeit, dass zum mindesten der ständige weitere Aufstieg sich nicht ganz von selbst versteht, wirkt beunruhigend auf sie.

Überdies beginnt ihnen auch schon aufzugehen, dass der Weg, auf dem wir bisher gewohnt waren, Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum zu sichern, mindestens auf die Dauer nicht zum Ziele führt. Mehr und mehr wird den Menschen bewußt, dass der bisher begangene Weg nicht länger oder jedenfalls nicht auf unbeschränkte Dauer gangbar ist. Wer genauer Bescheid weiß, der muß sich eingestehen, dass der Weg, den wir bisher mit voller Überzeugung und mit gutem Gewissen und mit scheinbar überzeugendem Erfolg gegangen sind, uns nahe an den Rand des Abgrunds geführt hat und uns kaum noch ausreichend Bremsweg bleibt, um vor dem Absturz noch einzuhalten. Das

ist keine Kleingläubigkeit oder aus menschlicher Schwäche entsprungene, objektiv unbegründete Angst, sondern ein in harten Tatsachen wohl begründetes Erschrecken.

Die Beschäftigungsfrage

Dank unserem rasanten technischen Fortschritt verbunden mit immer rationellerer Organisation haben wir die Produktivität unserer Arbeit ständig gesteigert. Um uns mit dem zu versorgen, was wir zu haben gewohnt waren, brauchen wir immer weniger Arbeit; wir konnten die Arbeitszeit verkürzen und haben das getan; soweit die damit gewonnene Freizeit sinnvoll verwendet wurde, bedeutete das unzweideutig einen positiv zu wertenden Fortschritt.

Wir haben aber die Arbeitszeit bei weitem nicht im Gleichschritt mit der gestiegenen Arbeitsproduktivität verkürzt; einen erheblichen Teil der weniger benötigten Arbeitszeit haben wir zur Steigerung der Güterproduktion verwendet. Beides zusammen hat eine Reihe von Jahren ausgereicht, um alle Arbeitskräfte in Beschäftigung zu halten; wir hatten Vollbeschäftigung, ja man konnte von Überbeschäftigung sprechen; die Nachfrage nach Arbeitskräften war größer als das Angebot; wir holten uns Arbeitskräfte aus dem Ausland - ohne abzusehen, welche Probleme für sie und für uns selbst wir damit schufen.

Auf die Dauer aber bereitet die immer weiter steigende Arbeitsproduktivität, anstatt, wie es doch sein müsste und man erwarten möchte, sich als große Erleichterung und damit als echte Wohltat zu erweisen, uns das immer bedrückender werdende Beschäftigungsproblem, bedroht uns mit fortschreitender Massenarbeitslosigkeit. Das müsste keineswegs so sein.

In einer Sustainenzwirtschaft, das heißt einer Wirtschaft, die darauf abzielt, das zu beschaffen, was man für den Lebensunterhalt braucht, in der man nicht lebt, um zu arbeiten, das heißt, um die Güterproduktion zu maximieren, sondern arbeitet, um zu leben, um sich das leisten zu können, was man als Lebenshaltung beansprucht, bedeutet jede Ersparnis an Arbeit und Mühe einen Gewinn an Zeit und Gelegenheit für das, was dazu beiträgt, das Leben lebenswert zu machen, zu bereichern und zu verschönern. Die bäuerliche Familie, die ihren Hof bewirtschaftet, freut sich über alles, was ihre Arbeit erleichtert oder verkürzt, wird sich gern alles zunutze machen, was dem Ertrag ihrer Arbeit erhöht, um entsprechend weniger arbeiten zu müssen. Die Sorge, durch erhöhte Produktivität ihrer Arbeit arbeits- und erwerbslos zu werden, kennt sie nicht; das kann sie sich überhaupt nicht vorstellen.

Ebenso die *Hausfrau*, die herausfindet, wie sie ihren Haushalt mit weniger Arbeit und Mühe bestreiten kann, wird das als Erleichterung begrüßen und sich zunutze machen. Solange es sinnvoll ist, wird sie einen Teil der erübrigten Zeit für einen „gepflegteren“ Haushalt verwenden, nämlich dazu benutzen, ihr Hauswesen freundlicher und gefälliger zu gestalten, im übrigen aber froh sein, sich ihrem Mann und ihren Kindern mehr widmen zu können, die gewonnene Zeit aber auch dazu benutzen, um Tätigkeiten auszuüben, die ihr Freude machen oder durch sie anderen Menschen etwas Gutes tun kann, die sich aber bisher aus Mangel an Zeit versagen musste; jetzt endlich kann sie außerhäusliche Wirksamkeit in Welt und Kirche entfalten - Ähnliches gilt von jedem, der selbständig erwerbstätig ist.

In unserer Gesellschaft und Wirtschaft bilden die selbständig Erwerbstätigen nur eine Minderheit, die unselbständigen Erwerbstätigen, die Menschen in der „Lebenslage der abhängigen Arbeit“, die weitaus größere und sich weiter vergrößernde Mehrheit. Für sie verhält sich das alles völlig anders. Zwar sind auch sie in hohem Maß Nutznießer des bereits zurückgelegten, hinter uns liegenden Aufstiegs der Produktivität unserer bzw. ihrer Arbeit, aber der ständig fortschreitende, obendrein sich noch

dann könnte das ein Schlüssel sein, um einen Ausweg aus der gegenwärtigen festgefahrenen Lage zu erschließen.

alprodukt hineingibt. Richtig gesehen ist nicht der materielle Wert unserer Arbeitsleistung der Titel, auf den wir unseren Anspruch auf Unterhaltsmittel gründen; er ist vielmehr der Entgelt, den wir nach Maßgabe unserer Kräfte entrichten für das, was wir dem Sozialprodukt entnehmen. Wenden wir diese Erkenntnis, die sich erst in jüngster Zeit in der katholischen

Soziallehre durchgesetzt hat, an auf unser Problem der Arbeitsbeschaffung, der Erschließung von Arbeitsgelegenheit für die Menschen, denen es heute an dieser Gelegenheit fehlt, dann könnte das ein Schlüssel sein, um einen Ausweg aus der gegenwärtigen festgefahrenen Lage zu erschließen.

*Zusammengestellt am 02. 07. 2007
Hans Ludwig*

Das Problem

Was uns heute quält und worin wir mit Recht eine Kalamität unserer Wirtschaft sehen, ist etwas ganz anderes. Die steigende Arbeitsproduktivität setzt mehr Arbeitskräfte frei, als die Wirtschaft laufend wiederinzugliedern und in Arbeit zu bringen vermag. Damit diese Menschen nicht untätig herumsitzen, sich nicht als unnützlich und überflüssig in der Welt vorkommen und obendrein das zum Lebensunterhalt Benötigten entbehren, betreiben wir, da uns nichts Besseres eingefallen ist, Wachstumspolitik, das heißt, wir versuchen, die Unternehmen zu Investitionen zu veranlassen. Gelingt uns das, dann bedeutet es, dass die freigesetzten Arbeitskräfte damit beschäftigt werden, Produktionsmittel zu schaffen zur Produktion von Gebrauchs- und Verbrauchsgütern, die wir nicht nötig haben und dass wir für beide, zuerst für die zusätzlich produzierten Produktionsmittel, und in der Folge, wenn diese in Betrieb kommen, für die mit ihrer Hilfe produzierten Gebrauchs- und Verbrauchsgüter eine unvorstellbare Menge unersetzbarer Ressourcen (Rohstoffe und Energie) verbrauchen. Wenn diese widersinnige und unverantwortliche Verfahrensweise ihren Grund darin hat, dass uns bisher nichts Besseres eingefallen ist, dann haben wir uns mit allem Ernst um bessere Einfälle zu bemühen. Verhält es sich dagegen so, dass die bestehende Wirtschaftsordnung diesen Wider Sinn unvermeidlich mit sich bringt, dann ist das ein Grundfehler, im Vergleich zu dem das ihr zur Last gelegte Profitmotiv nur als harmloser Schönheitsfehler erscheint.

Aus einem Vortrag vom 20. 08. 1980 zum Thema „Fragwürdig gewordenes Wirtschaftswunder“ in Köln